



Nummer 190 // Januar / Februar 2016

zeck

Das Magazin aus der Roten Flora

**MÜNCHEN
2016**



Gegen Aufrüstung und Krieg – NATO abschaffen

No Justice - No Peace – Ohne Gerechtigkeit gibt es keinen Frieden

Bleiberecht für alle Geflüchteten – Kein Mensch ist illegal

Hallo Ihr Schnupsis, liebste Genoss_innen,

Euch allen ein revolutionäres und wunderschön nach vorn bringendes neues Jahr, das Ihr dann auch gleich mit einer neuen Ausgabe der geliebten Zeitung beginnen könnt. Wir haben versucht mit den ausgewählten Texten eine ordentliche Bandbreite von Themen abzudecken. Am erfreulichsten ist mit Sicherheit, dass auch in den letzten Monaten in Hamburg reichlich militant interveniert wurde, um der Gesamtscheiße etwas entgegen zu setzen. Unsere umfangreichen Dokumentationsseiten sind ein hübscher Beleg dafür.

Angesichts der immer höher kochenden braunen gesellschaftlichen Scheiße bleiben militante Organisationen und Interventionen eine existentielle Notwendigkeit. Auch deswegen sei allen das Papier autonomer Gruppen ans Herz gelegt, das sich mit den Vorwürfen durch den Blockupy-Koordinierungskreis gegenüber autonomen Aktionen in Frankfurt am 18. März letzten Jahres auseinandersetzt. Auch den Text der Vulkangruppe zur Festung Europa sehen wir in genau diesem Zusammenhang.

Auch international bleibt die Zeck 2016 auf der Höhe. Die Operacion Pandora, Repressionsschläge gegen linke Aktivist_innen in Spanien im vergangenen Jahre, werden von den Betroffenen in einer Erklärung zusammengefasst und beschrieben.

Zu den Anschlägen Paris haben wir den Artikel „Tolle

Gesellschaften“ in der aktuellen Ausgabe, der die Notwendigkeit unterstreicht, eigene Analysen und Standpunkte zu entwickeln und zu vertreten, um angesichts der menschenverachtenden Attacken nicht in Sprachlosigkeit zu versinken oder mit der Meute des gesellschaftlichen Mainstreams zu heulen.

Zum Schluß noch was zu Repression. Immer wieder taucht der Breite Straßen Prozess in der Zeck auf. Auch in dieser Ausgabe gibt's wieder einen Artikel, der den Ablauf zum Thema hat.

Seit Dezember sitzen nicht mehr sechs sondern nur noch fünf Angeklagte im OLG. Einer der Beschuldigten hat sich selbstbestimmt entschlossen bis auf weiteres nicht mehr an dieser Farce teilzunehmen. Viele Grüße und viel Kraft !!!

Ok, viel Spaß beim Lesen, Diskutieren und selber Schreiben

Beiträge bis zum 21.02. an uns schicken.

eure zeck

Impressum

Vi.S.d.P.: K aus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20 48 Hamburg

Kontakt: Zeck, c/o Rote ora, Schusterbatt 7, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel auf CDs mit beliebigem Ausdruck, am besten als Textdatei. Sie können nicht zurückgegeben werden. Artikel im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss: der 20. des Vormonats.

Abos: Zeck gibt es im Abonnement für 0 Euro à drei Ausgaben. Geht in einem Umschlag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, K einer Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).

Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblicken!). Eigendruck im Selbstverlag.

Inhalt

Seite

Kurzes	3-5
Winterhude	6/7
Sommerbaustelle	7/8
Festung Europa	8/9
Vielfalt statt Einfach	10/11
Tolle Gesellschaften	12
Operación Pandora	13/14
PKK	14/15
Helmut Schmidt	16
Dokumentationen	17-21
anti-atom	22/23

KURZES

Breite Straße Prozess:

5. Prozesstag

21.12.2015 fünf Videos, erste Zeugenvernehmung, Richter eskaliert nach Beendigung des Prozesstages

Zu Beginn des Prozesstages äußert Richter Halbach, dass ihm zugetragen worden sei, dass eine Person am letzten Prozesstag bei der Verkündung des Haftbefehls dem Gericht einen „Stinkefinger“ gezeigt habe. Er bedauerte diese Person nicht mehr ausfindig machen zu können und kündigte bei zukünftigem vergleichbarem Verhalten aus dem Zuschauerraum Konsequenzen an. Dann wurden 5 Videos gezeigt.

Bemerkenswert ist, dass es sich bei dem ersten Video des heutigen Tages um ein Pressevideo handelte, dass bereitwillig zur Verfügung gestellt wurde.

In den Videos waren Eindrücke des Abends aus verschiedenen Perspektiven zu sehen. Es gab Sequenzen, in denen Unterstützer_innen vor dem Haus zu sehen waren, Bilder vom Geschehen an der Hausfront, Rückansichten des Hauses und dem dort stattfindenden Polizeieinsatzes und das Eindringen einer BFE-Einheit in das Haus über die Dachluke. Ferner sind die Festnahmen von fünf der Beschuldigten außerhalb des Hauses dokumentiert. In den Videos sind wieder mehrere Schnitte und Zeitsprünge aufgefallen.

Während des ersten Videos verweigerte Richter Halbach eine Unterbrechung, damit eine angeklagte Person, der es offensichtlich nicht gut ging, zu Toilette gehen konnte. Er bestand darauf das Video zu Ende laufen zu lassen und unterbrach erst dann.

Während eines Videos mahnte der Richter an, dass im Zuschauerraum ein Kleinkind zu hören sei und wies Zuschauer_innen an dies zu unterbinden. Nach einem Zwischenruf aus dem Zuschauerraum diesbezüglich forderte er die rufende Person möge sich zu erkennen geben. Als dies nicht geschah äußerte er seine Enttäuschung über die Zuschauer_innen und meinte diese seien doch sonst so mutig, würden sich aber auf seine Nachfrage in der Masse verstecken. Eine Verteidiger_in bat Halbach daraufhin die Zuschauer_innen doch bitte nicht zu provozieren. Richter Halbach bedankte sich für diese nach seinen Worten „staatstragende Äußerung“.

Im Anschluss an die Videos gab es eine Erklärung der Verteidigung, dass aus dem Videomaterial hervorginge, dass das aus dem Haus herabfallende Waschbecken den Vor-

wurf der versuchten Tötung nicht rechtfertige. In der Argumentation dazu wurde benannt, dass Fallwinkel der Bruchstücke, Vorbereitung der Polizisten auf herabfallende Gegenstände und nicht zielgerichtetes Werfen Folgen wie schwerwiegende Verletzungen oder gar Tötung unmöglich machten.

Im Anschluss daran befragte Richter Halbach den ersten Zeugen, Herrn Richters vom LKA, Staatsschutz Links- und Rechts-Extremismus, den nach eigenen Angaben „Fallführer“ in den Ermittlungen zum aktuellen Verfahren. Richters begründete die Zuständigkeit des Staatsschutzes dadurch, dass politische Positionierungen durch die „Tat“ vertreten worden seien. Auf Nachfrage von Halbach stellt Richters da, dass sich die Ermittlungsergebnisse bezüglich der Angeklagten auf eine Zeugenaussage stützen. Dieser Zeuge will über eine dritte Person von der Beteiligung von drei der Angeklagten an der Besetzung erfahren haben und hat einen der Angeklagten auf einem ihm vorgelegten Bild identifiziert. Ferner berichtete Richters von spurekundlichen Untersuchungen im Haus und der Sicherstellung von Asservaten. Er gab an, dass in den Filmen zu sehende Kleidungsstücke den Angeklagten zuzuordnen seien und bei einem Angeklagten ein Rucksack sichergestellt wurde, der einem im Video auftauchenden ähnlich sehe. Außerdem sprach er davon, dass sich an sichergestellten Gegenständen DNA-Spuren der Angeklagten befänden. Er konnte weder benennen wo diese Spuren sichergestellt wurden, noch welchen Angeklagten diese im Einzelnen zuzuordnen seien.

Die Telekommunikationsüberwachung eines der Angeklagten brachte, laut Richters keine tatrelevanten Ergebnisse zum Vorschein, sondern führte nur zu dem Ergebnis den Aufenthaltsort des Beschuldigten zu ermitteln. Während der Zeugenbefragung bügelte Richter Halbach Kommentare der Verteidigung zu der laufenden Befragung ab und machte deutlich, dass er bei dieser nicht unterbrochen werden wollte. Nachfragen zur Aussagegenehmigung des Zeugen blieben unbeantwortet.

Während der Befragung verließ der besitzende Richter den Verhandlungssaal, woraufhin Halbach die Sitzung sofort für zehn Minuten unterbrach. Kurz darauf forderten die anwesenden Justizbeamten die Zuschauer_innen auf den Sitzungssaal zu verlassen und gaben beiläufig an, dass der Prozesstag beendet sei. Der anwesende Richter wurde von Zuschauer_innen aufgefordert den Verhandlungstag offiziell für beendet zu erklären. Richter Halbach forderte eine Person aus dem Zuschauerraum auf zu ihm vorzutreten. Betreffende Person kam

der Aufforderung der Justizbeamten den Sitzungssaal zu verlassen nach und wurde von selbigen beim Versuch das Justizgebäude zu verlassen auf dem Flur daran gehindert und dazu aufgefordert Halbachs Aufforderung nachzukommen. In dieser Situation kam Halbach unter Anwesenheit mehrerer Zuschauer_innen in den Flur und forderte die Person auf mit ihm mitzukommen. Währenddessen blockierten Justizbeamte den Weg. Sie wollten betreffende Person nicht durchlassen, alle anderen schon. Die Zuschauer_innen blieben jedoch gemeinsam im Flur und forderten ein gemeinsam das Justizgebäude verlassen zu können. Als Halbach merkte, dass er sich in dieser Situation nicht durchsetzen konnte, drehte er sich um und schubste eine dabeistehende Person im Weggehen grundlos. Beim Verlassen des Gebäudes wurden Zuschauer_innen von Justizbeamten bedrängt und angepöbelt. Herbeigerufene Polizei traf ein, als sich keine Zuschauer_innen mehr im Justizgebäude befanden.

Kommt zu den weiteren Verhandlungstagen!

32C3

Facebook müsse „die Mauern einreißen“, dafür sprach sich eine Hackerin auf dem 32. Chaos Communication Congress (32C3) aus. Da der Gründer des Netzwerks, Mark Zuckerberg, sicher nicht aus freien Stücken auf offene Standards umschwenken werde, müsse er dazu eben gezwungen werden.

Vom 27. bis 30. Dezember kamen rund 13.000 Haecksen und Haecker, Aktivist_innen und sonstige Besucher_innen im Congress Center Hamburg (CCH) unter dem Kongresstitel „Gated Community“ zusammen. Thema ist hier nicht nur das Hacken von Hard und Software, auch über Vorratsdatenspeicherung, Landesverrat-Affäre, abstruse Szenen im NSA Untersuchungsausschuss, Netzfreiheit, Big Data oder gesellschaftsverändernde Algorithmen wurde referiert und diskutiert. Eine Vielfalt an Workshops wurden selbstorganisiert angeboten.

Einige der Vorträge könnt ihr unter folgender Adresse ansehen:

<https://media.ccc.de/b/congress/2015>

Viel Spaß und Wissensgewinn dabei, es lohnt sich.



14. November: Tausende für die Rechte von Migrant*innen und Geflüchteten!

Ihr seid die Besten!!! Mit bis zu 9000 Menschen haben wir heute – trotz Kälte und Scheißwetter – erneut ein starkes Zeichen für die Rechte von Geflüchteten gesetzt. Wir haben klar gemacht: Refugees Welcome heißt gleiche Rechte für alle! Wir haben uns stark gemacht für echte Nachbarschaftlichkeit, statt Isolation durch Zelte, Hallen und Massenlager! Wir haben gezeigt, dass wir gegen die Asylrechtsverschärfungen sind und gegen eine Spaltung in "gute" und "schlechte" Geflüchtete! Und wir standen heute Seite an Seite, waren laut, zusammen mit vielen Geflüchteten aus den Lagern, mit Romano Jekipe Ano Hamburg, mit Lampedusa in Hamburg und vielen vielen mehr. Danke an alle, die heute mit uns auf der Straße waren!

Die Transparente und Plakate waren mit Forderungen wie „Freedom of movement is everybodys right“, „Wir brauchen Gleichheit“, „Wir kämpfen gegen Rassismus“, „Plz stop Deportation“, „Let's be neighbours. No isolation in masscamps“ beschrieben. Die Demo war laut und bewegt, aus den Lautis klang Musik, es wurde getanzt, Forderungen wie: „Kein Mensch ist illegal“ oder „Say it loud, say it clear, refugees are welcome here“ ertönten in der ganzen Innenstadt. Wir fordern weiterhin, dass Solidarität praktisch bleibt, echte Nachbarschaft geschaffen wird und dass Bewegungsfreiheit ein Menschenrecht ist!

Vor dem Hintergrund des Terrors in Paris ist ein Zeichen der Solidarität und des Zusammenhalts noch wichtiger geworden. Wir trauern mit den Angehörigen der Opfer. Es bereitet uns Sorge zu sehen, dass PEGIDA & Co jetzt schon neue Hasskampagnen anfahren. Lassen wir nicht zu, dass sie den Terror für ihren Rassismus instrumentalisieren! Nur gemeinsam mit den Menschen, die aus anderen Ländern geflohen sind, werden wir die Gewalt überwinden können. Lasst uns weitermachen bis gilt, dass alle Menschen in dieser Stadt auch wirklich die gleichen Rechte haben!

Neumünster: Rassistischer Aufmarsch blockiert

Am 14. November wollten schleswig-holsteinische Neonazis und Rassisten in Neumünster aufmarschieren und „gegen Asylbetrug, Masseneinschleusung und Islamisierung unserer Gesellschaft“ demonstrieren. Organisiert wurde diese Demo von Nazis aus einer Facebook-Gruppe namens "Neumünster wehrt sich" und dem Umfeld der NPD. Antifaschistische Gruppen und Gewerkschaften aus Schleswig-Holstein mobilisierten nach bekannt werden der Aktion nach Neumünster und riefen dazu auf, die Rassisten zu stoppen. Der Aufmarsch der etwa 80 Nazis konnte blockiert werden, eine Gegendemonstrant_in wurde von der Polizei schwer verletzt.

Aufgrund des eher desolaten Zustands der Nazi-Szene in Schleswig-Holstein waren zuverlässige Prognosen über die zu erwartende Teilnehmerzahl dieser Demo schwer zu erstellen, letztendlich kamen zu dem Aufmarsch etwa 80 Rassisten, denen sich erfreulicherweise etwa 400 Antifaschist_innen aus verschiedenen Städten entgegenstellten. Aus Kiel fuhr eine größere Gruppe Antifaschist_innen mit dem Zug nach Neumünster und versuchte vor Beginn der Demo zum Auftaktskundgebungsplatz der Nazis zu kommen. Die Gruppe wurde jedoch von der Polizei unter Einsatz von Knüppeln und Pfefferspray davon abgehalten den Kleinflecken zu erreichen. Ein Teil der Gruppe wurde kurz darauf von der Polizei kurzzeitig eingekesselt. Gleichzeitig sammelten sich auf dem Kleinflecken die Nazis, auf der anderen Seite des Platzes konnten sich allerdings immer mehr Menschen direkt zur Nazi-Kundgebung bewegen. Nachdem dort die ursprünglich angemeldete Route von mehreren hundert Nazi-Gegner_innen blockiert wurde, wurde den Nazis von der Polizei eine Ausweichroute angeboten. Als diese sich in den Schleusberg bewegten, konnte auch diese Straße schnell von Antifaschist_innen blockiert werden. Die Nazis wurden so von allen Seiten eingeschlossen, die Polizei war zwar mit etwa 200 Cops im Einsatz, musste sich jedoch darauf beschränken die Nazis zu schützen und verzichtete darauf den Aufmarsch mit Gewalt gegen die vehementen Proteste durchzusetzen. Nach zwei Stunden Kessel im Regen beendeten sie gegen 15 Uhr ihren Auf-

marsch und verließen in Kleingruppen den Schleusberg, nicht ohne die vollmundige Ankündigung auszusprechen, von nun an jeden Monat in Schleswig-Holstein aufzumarschieren.

Im Umfeld des Kleinfleckens kam es daraufhin zu mehreren Aufeinandertreffen zwischen Antifaschist_innen und Nazis. Als abreisende Nazis auf dem Kleinflecken mit Beleidigungen verabschiedet wurden, setzte die Polizei erneut Knüppel gegen Gegendemonstrant_innen, hierbei wurde ein_e Antifaschist_in von einem Polizisten mit einem Schlagstock ins Gesicht geschlagen und musste daraufhin im Krankenhaus behandelt werden. Während die Person von Sanitäter_innen und Freund_innen versorgt wurde verhielt sich die Polizei aggressiv, schubste und drohte mit Anzeigen. Die Verletzte wurde mit einem Kieferbruch ins Krankenhaus eingeliefert. Laut Polizeipressemitteilung müssten "Hintergründe hierzu [...] noch genau geklärt werden".

Trotz den Polizeiübergriffen am Mittag und am Nachmittag war die antifaschistische Mobilisierung nach Neumünster ein voller Erfolg, die Rassisten konnten gerade mal 50 Meter laufen und waren die ganze Zeit von Gegendemonstrant_innen umringt, die ihre Route blockierten und ihre Hetze lautstark übertönten. Fest- oder Ingewahrsamnahmen durch die Polizei hat es nach unseren Informationen nicht gegeben. Mehrere hundert Antifaschist_innen aus Neumünster, S-H und Hamburg stellten wieder einmal klar, dass Nazis in Schleswig-Holstein ein starker Wind entgegenbläst und ihre Aufmarschversuche nicht ungehindert ablaufen.

Nazis zerstören Gedenkorte in Steilshoop und Bramfeld

Nazis zerstörten in der vergangenen Woche eine Gedenkstätte für die Opfer des NSU in Steilshoop und beschädigten und bemalten in der gleichen Nacht eine Gedenktafel für die Opfer der NS-Justiz im angrenzenden Bramfeld.

Nachdem wir am 4. November zum 4. Jahrestag der Selbstaufdeckung des NSU mehrere Gedenkorte für die Opfer des NSU in Steilshoop und Barmbek errichteten (1) und diese und weitere Aktionen in einem Video (2) veröffentlichten, reagierten die Nazis mit der Zerstörung eines der Gedenkorte in Steilshoop. Hierbei wurden die an der Wand angebrachten Gesichter der neun rassistischen Opfer des NSU heruntergerissen und die verbliebenen übermalt. Zudem wurde das Kürzel "SS" an dem Gedenkort hinterlassen (Foto 1). Auch die Blu-



men wurden von den Nazis zertreten. In Teilen des Stadtteils Steilshoop wurden zudem ca. 200 Aufkleber geklebt. Neben Aufklebern der Identitären und der NPD waren besonders massiv Aufkleber des selbsternannten Nachrichtensenders FSN.tv vertreten: Beispielsweise mit der Abkürzung des Wortes Hakenkreuz "HKN KRZ".

Die Nazis hinterließen in Steilshoop zudem mehrere Schriftzüge. Hierbei war neben "SS" Tags vor allem der Schriftzug "FCK Antifa" vertreten (Foto 3,4,5).

Auffällig hierbei war, dass die Nazis es vor allen auf "Antifa 309" Tags und Aufkleber von uns abgesehen hatten.

Neben der Gedenkstätte in Steilshoop wurde auch eine Tafel in Bramfeld beschädigt, welche an die Opfer der NS-Justiz erinnern soll. Diese steht vor dem sogenannten "Ehrenmal", welches an die gefallenen deutschen Soldaten im 1. und 2. Weltkrieg erinnern soll. Die Nazis führten an diesem Ort in der Vergangenheit regelmäßig Gedenkveranstaltungen durch.

Die Gedenktafel an die Opfer der NS-Justiz wurde aufgestellt um das Nazidenkmal möglichst zu verdecken und nicht unkommentiert dort stehen zu lassen.

Diese Gedenktafel wurde nun zum 6. Mal seit der Aufstellung vor 14 Monaten von Nazis beschädigt oder zerstört. Es wurden die Wörter "LÜGE" und "Ehre", sowie der Schriftzug "FCK AFA" auf der Gedenktafel hinterlassen (Foto 6). Zudem wurde die Tafel durch ein Messer beschädigt.

Das es sich bei den Zerstörungen in Bramfeld und Steilshoop um die gleichen TäterInnen handelt ist offensichtlich wenn wir die Fotos vergleichen.

Wir gehen davon aus, dass die Nazis, welche in Steilshoop und Bramfeld unterwegs waren aus den an Bramfeld grenzenden Stadtteilen Farmsen und Berne stammen. Ein Outing zu den Nazis ist Anfang des Jahres erschienen.

Rassistische Hetze Stoppen - Den Widerstand in den Vierteln organisieren!

Antifa 309

AfD-Demonstration am 31.10.

Am 31.10.2015 versuchten ca. 250 AfD-Anhänger_innen in Hamburg eine Demonstration unter dem Motto „Gegen das Politikversagen! Asylchaos stoppen!“ durchzuführen. Wie erwartet nahmen auch zahlreiche Neonazis, Burschenschaftler und völkische Siedler an der AfD-Veranstaltung teil. Aus dem Umfeld der selbsternannten

Hooligans von „Gemeinsam stark Deutschland“ (GSD) waren u.a. Sven Reichert, Stefan Boswinkel, Denis Ackermann und Hauke Bajorat anwesend. Zu der Reisegruppe gehörte ebenso der aus dem NPD-Umfeld stammende Sven Mazurek, der regelmäßig an NPD-Veranstaltungen teilnimmt und zuletzt auf der AfD-Demonstration in Rostock gesehen wurde. Reichert und Boswinkel griffen im Rahmen des „Tags der deutschen Patrioten“ am 12.09.2015 Menschen am Bremer Hauptbahnhof an. Neben dieser Reisegruppe von Neonazis nahm auch eine weitere Gruppe von ca. 10 Personen aus dem völkischen Umfeld an der AfD Veranstaltung teil. Zu den völkischen Neonazis gehörte auch Wolfgang Fachmann. Fachmanns Vater, mittlerweile verstorben, hieß ebenfalls Wolfgang Fachmann und war Teil der „Wiking-Jugend“. Im Rahmen von Schulungen trat dieser u.a. als Redner im neonazistischen Schulungszentrum „Hetendorf 13“ auf. Wie die Familie Fachmann, gehört auch die Familie Berg zum völkisch-neonazistischen Sippenverband. Oberhaupt des Familienclangs Berg, Uwe Berg, fand sich an diesem Tag ebenso in Hamburg ein. Uwe Berg gehörte ebenfalls der „Wiking-Jugend“, sowie dem „Bund Heimattreuer Jugend“ an. Zu der völkischen Gruppe gehörte des Weiteren auch ein Mann, der an der Seite der bekannten Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck versuchte den Auschwitz-Prozess am 21.04.2015 in Lüneburg zu stören.

Am Rande der AfD Kundgebung versammelten sich zudem etwa 10 Burschenschaftler, die versuchten Antifaschist_innen zu provozieren. Während der Veranstaltung griffen auch Burschenschaftler Pressevertreter_innen an und versuchten u.a. diesen die Kameras zu entreißen. Des Weiteren fielen zahlreiche Anti-Antifa Fotografen bei der Veranstaltung auf. Zwischenzeitlich verwies die Polizei Pressevertreter_innen des Veranstaltungsortes. Der letzte halbherzige Versuch die Route mittels bereitgestellter Wasserwerfer freizumachen quittierten die Rassist_innen, unterstützt durch Megaphone, mit den Sprechchören „Wasser Marsch“.

Aufgrund des engagierten antifaschistischen Gegenprotests, war es der Hamburger Polizei nicht möglich die Demonstrationsroute der AfD durchzusetzen. Es blieb bei einer stationären Kundgebung, auf der unter anderem die Vorsitzende der AfD Frauke Petry und der Hamburger Landesvorsitzende Bernd Baumann sprachen. Jegliche rassistische Redebeiträge wurden mit Pfiffen und Rufen der ca. 1300 Gegendemonstrant_innen beantwortet. Die Kundgebung war vom antifaschistischen Protest eingekesselt.

Da eine uneingeschränkte Abreise der Teilnehmenden nicht mehr gewährleistet schien wurden alle von der Polizei in die nahe liegende U-Bahnstation bis zur Station Wandsbek Markt begleitet, wo sich die Gruppe auflöste.

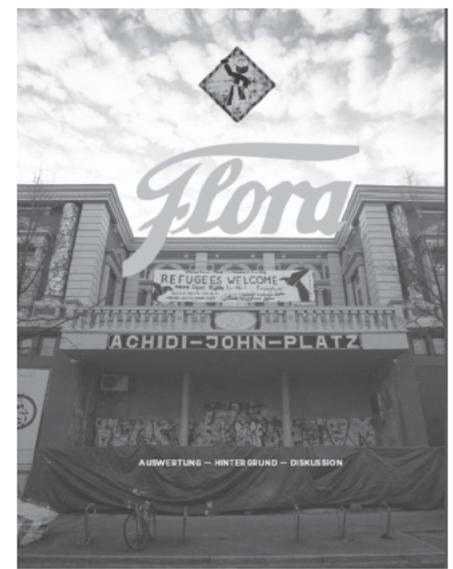
Wie bereits in Rostock bei der AfD-Demonstration ersichtlich wurde, ist ebenfalls in Hamburg deutlich geworden, dass die AfD keine Berührungängste mit eindeutig neonazistischen Strukturen hat und auch im Nachhinein keinerlei Distanzierungen anstrebt. Auch in Zukunft werden vermutlich gewalttätige neonazistische Teilnehmer_innen auf AfD Veranstaltungen willkommen sein.

Flora Baustellen Broschüre

Moin, Moin, zum letzten Mal wollen wir uns von der Kampagne „Sommerbaustelle 2015 – Flora baut“ zu Wort melden. Vor ziemlich genau einem Jahr haben wir uns nach der Entscheidung der Wandergesell*innen ihre Sommerbaustelle in der Flora durchzuführen gegründet. Jetzt ist es auch für uns an der Zeit die Kampagne zu beenden. Dabei schauen wir auf ein durch und durch gelungenes Jahr zurück. Ohne eine Auswertung, einen Rückblick und der Versuch eine Perspektivdiskussion anzustoßen, wollen wir die Kampagne nicht beenden. Diese Broschüre (erhältlich z.B.: Schanzen Buchladen/Schwarzmarkt) beinhaltet unterschiedliche Auswertungs- und Hintergrundtexte sowie Kritik, die in den letzten drei Jahren im Zuge der Baustelle entstanden sind. Wir hoffen, euch einen guten Überblick zum Diskussionstand zu vermitteln und neue Leute zu begeistern das Projekt Rote Flora auch in Zukunft mitzugestalten

Wie immer, freuen wir uns weiterhin über Unterstützung auf der Baustelle. Jeden Samstag ab 12 Uhr wird weiterhin gebaut.

Wir sehen uns auf der Baustelle.



Rechte Aktivitäten in Winterhude (Jahresbericht)

Aus aktuellem Anlass ein kurzer Bericht über rechte Aktivitäten in Winterhude: Über Winterhude ist bislang in puncto rechte Aktivitäten wenig berichtet worden, was vor allem daran lag, dass bis auf die Veranstaltungen im Haus der hiesigen Burschenschaft, wenig Berichtenswertes vorgefallen ist. Das vergangene Jahr war jedoch leider ereignisreicher: Burschenschaft, Identitäre Bewegung, Pegida und Hogesa Unterstützer sowie recht wirr anmutende Gegner der aktuellen Migration nach Deutschland versuchen in Winterhude ihre Propaganda bemerkbar zu machen.

Winterhude ist ein Hamburger Stadtteil zwischen der Alster mit ihren Villen und dem historischen Arbeiterstadtteil Barmbek. In der Vergangenheit war Winterhude bis zur Alster politisch durch ein starkes Bildungsbürgertum geprägt, welches sich durch eine verhältnismäßig hohe Wahlbeteiligung und überdurchschnittlich viele Stimmen für die Grünen und die CDU auszeichnete. Die Bio- und Buchladendichte ist auf hohem Niveau, mit dem Kampnagel Areal und dem Goldbekhaus ist für Kultur gesorgt. Nach Norden, Richtung Barmbek weichen die Altbauten dem klassischen Hamburger Klinkerbau, Imbisse und Kneipen komplettieren den Wandel.

Aktivitäten der Rechten finden sich so gut wie nur in der Gegend hin zur Alster, also im wohlhabenden Teil Winterhudes. Für Ortskundige: Zwischen U-Sierichstraße, der Gertigstraße, vor allem der gleichnamigen Bushaltestelle und der Alsterbrücke Krugkoppelbrücke.

Die in Winterhude befindlichen Schulen, Gesamtschule Winterhude und die sog. Gelehrtenschule des Johaneum sind bislang ausgenommen von rechter Propaganda.

Akteure:

Identitäre Bewegung: Wiedergabe eines in Winterhude geklebten Antifaschistischen Plakates

„In jüngster Zeit konnten wir innerhalb dieses Stadtteils einen ziemlich signifikanten Anstieg rechtspopulistischer Propaganda beobachten, die nach der Entfernung, in regelmäßigen Abständen erneuert wurde. Die Gruppe um die es sich hierbei handelt ist die europaweit agierende „Identitäre Bewegung“ die Teil der neuen Rechten ist. Sie bilden eine islamophobe Gruppe die auf den Erhalt einer konstruierten europäischen Identität abzielt und bezieht sich indirekt auf einen Ethnopluralismus der eine „kulturelle Reinhaltung von Staaten und Gesellschaften“ anstrebt und nicht zwischen Hautfarben sondern kulturellen Bezugskreisen

und Hintergründen unterscheidet. Ethnopluralisten sprechen von der Bedrohung der eigenen kulturellen Identität durch andere „fremde“ Kulturen und begründen ihre Ideologie mit dem von ihnen definierten „angestammten Territorien der Völker“. Speziell die „Identitäre Bewegung“ spricht von einer solchen Bedrohung durch den Islam. Ihre Hetze versuchen sie subtil zu verpacken, und Sexismus ist ein wichtiger Teil ihrer Ideologie. Sie versuchen ihren Patriotismus und Rassismus durch den Bau neuer Moscheen und angeblicher „Flutwellenartiger“ Zuwanderung zu legitimieren. Einige ehemalige Mitglieder der JN (NPD Jugendorganisation) aber auch Burschenschaftler sehen sich als aktiver Teil der IB. Ein Kernelement ihrer Argumentation bildet der sogenannte „große Austausch“ womit nichts geringeres gemeint ist als der „Volkstod“ durch Zuwanderung, beziehungsweise „Rassenversmischung“. Die Idee des Volkstodes stammt aus der Zeit der Aufklärung und erfuhr im deutschen Nationalsozialismus seine praktische Renaissance“

Desweiteren sind Identitäre auch an anderen Orten in Hamburg aktiv gewesen. An der Uni, der Hamburger Meile, dem Wandsbekermarkt und am Dammtor sind jeweils über Nacht kleiner Aktionen abgelaufen in denen die Identitären ihre Propaganda verbreiten wollten. Berichtet wird dabei vor allem über die Facebookseite der „Identitären Bewegung Großraum Lüneburg“. Im vergangenen Jahr, ist uns zumindest, auch keine öffentlich auftretende Hamburger Gruppe aufgefallen. Eine weitere Aktion in Hamburg war die symbolische Besetzung der SPD zentrale Hamburgs, bzw. dessen Balkon. Diese Aktion ging jedoch vor allem von nicht Hamburgern aus.

Zu guter Letzt sind im Bereich Farmsen-Berne noch sehr viele Identitäre Sticker aufzufinden. Dort werden sie, im Gegensatz zu anderen Stadtteilen zu jeder Tageszeit verklebt. Ein Zusammenhang zwischen den Aktivitäten in Farmsen-Berne und in Winterhude lässt sich nicht feststellen.

Burschenschaft Germania: Die in der Sierichstraße ansässige Burschenschaft zeichnet sich durch altbekannte, altbackene Weltvorstellung aus. Deutschtümmelei, Sexismus und ein zu tiefst Konservatives Weltbild werden durch elitäres Denken komplettiert. Besonderes hervorgetan hat sich die Burschenschaft in den Gegnerschaft zum Gedenken an Deserteure, dem „Gendermainstreaming“ und wie zu erwarten der Flüchtlingspolitik in Hamburg. Besonders die Gruppe Lampedusa in Ham-

burg ist ihnen ein Dorn im Auge gewesen. Vor zwei Jahren beteiligten die Burschenschaftler sich an nächtlichen Pöbeleien und einem Flaschenwurf in Richtung der St. Pauli Kirche in der Mitglieder dieser Gruppe schliefen. Sie selbst bezeichnen die Burschen als anti-PC und sehen sich in der Rolle von Bewahrern alter Werte und Kultur. Die Aktivitäten der Identitären sind im direkten Zusammenhang mit der Burschenschaft zu sehen. So ist davon auszugehen dass es personelle Überschneidungen gibt, die Aktivitäten der Identitären gehen regelmäßig vom Burschenschaftshaus aus. Zudem beteiligten sich Mitglieder der Burschenschaft an der AFD Kundgebung am 31.10 beim Hauptbahnhof, dort suchten sie einerseits Kontakt zu potentiellen Unterstützern und traten gleichzeitig aggressiv gegenüber Gegendemonstrant_innen auf. (wodurch sie sich aus der Masse der eher zurückhaltenden AFD Unterstützer hervortaten.)

Rechte Einzelpersonen: Neben den genannten Gruppierungen waren auch Einzelne bzw. Duos. Verschiedene Schmiereereien und Sticker tauchen immer mal wieder im Stadtteil auf. Vor allem im Zusammenhang mit größeren politischen Ereignissen, die es auf die Titelseiten der deutschen Presse Erzeugnisse geschafft haben. Jeweils in den folgenden 2 Tagen auf Hogesa- und Pegida-Kundgebungen die ein großes Medien Echo erlebten oder der Bekanntgabe neuer „Flüchtlingszahlen“ durch das Innenministerium, oder der Bild, fühlten sich anscheinend einige gedrängt ihren Müll zu verbreiten. Die Hinterlassenschaften waren allesamt ohne viel Vorwissen ausgeführt, ein dünner Marker oder auch mal ein Kugelschreiber, vermutlich selbstgedruckte Sticker und die oft wirren Behauptungen und Aufmachungen zeugen davon. Die Inhalte beziehen sich meistens zumindest Indirekt auf die genannten Ereignisse, z.t. hatten wir jedoch große Schwierigkeiten zu erahnen was diese Leute überhaupt wollen.... Von den weiteren Politischen Entwicklungen in der BRD und im Stadtteil wird die Aktivität dieser Personen vermutlich abhängen.

Vorkommnisse:

Exemplarisch hier einige Ereignisse des vergangenen Jahres

U-Bahnhof Sierichstraße: Die Plakatewände der U-Bahnstation Sierichstraße sind immer wieder Darstellungsfläche besonders absurder Pöbeleien. Hervorzuhe-

ben sind hier die beiden Nächte nach der Hogesa-Kundgebung in Hannover am 15.11.2014. Zu diesem Zeitpunkt tauchten zum ersten mal regelmäßig Schmierereien auf. Beleidigungen gegenüber Antifas und St. Pauli Anhängern wechseln sich ab mit Pegida- und Hogesa-Tags. Zwischendurch noch der kläglich gescheiterte Versuch eines Hakenkreuzes. Medium der Wahl war dabei meist ein einfacher Marker oder ein Kugelschreiber. Seitdem dort ziemlich durchgehend verschiedene linke Sticker und Tags zu finden sind haben die rechten Aktivitäten hier fast vollständig aufgehört.

Identitäre: In der Nacht vom 26.11 zum 27.11 sind Identitäre entlang der Sierichstraße und in einige Seitenstraßen gegangen und haben massenweise Sticker angebracht und mit Schablonen gesprüht.

Bis auf einige Ausnahmen konnten alle Spuren am nächsten Tag übermalt werden.

Akif Pirinci: Am Samstag, den 5.12.2015 hat Akif Pirinçci bei der extrem rechten Burschenschaft Germania sein neues Buch mit dem Titel „Die große Verschwulung – Wenn aus Männern Frauen werden und aus Frauen keine Männer“ der neu-rechten Prominenz präsentiert. Wie sie selbst auf der AFD-Kundgebung mitteilen wollte die Burschenschaft mit dieser Veranstaltung „mal wieder für Aufmerksamkeit in eigener Sache sorgen“. Die Aufmerksamkeit wurde ihnen dann auch zuteil, mehrere Zeitungen berichteten im Lokalteil über die Veranstaltung und die Gegenaktivitäten. An der Demo Beteiligten sich ca. 200 Personen, die ihren Protest vor dem Haus lautstark kundtaten. Getreu dem Motto jede Aufmerksamkeit ist gute Aufmerksamkeit wird die Burschenschaft auch weiterhin solche Abende veranstalten.

SPD und CDU Büro: In der Nacht vom 22 auf den 23. 12., wurde das örtliche Büro der CDU und das der SPD bemalt. Es handelt sich dabei um die einzigen beiden Partei Büros in Winterhude.

Auf dem Partei Büro der SPD stand: „Refugees get out“ und auf dem Büro der CDU: „Stoppt die Invasoren“.

Wir hoffen das wir euch mit dem kleinen Bericht aus Winterhude einen Einblick verschaffen konnten. Erst in den vergangenen Monaten ist uns immer klarer geworden, dass es sich eben nicht um Einzelereignisse handelt, daher haben wir noch nicht besonders viele Bilder und weiterführende Informationen die wir zur Verfügung stellen können.

Mit Solidarischen Grüßen und auf ein kämpferisches 2016

Eure Antifa aus Winterhude

Flora Sommerbaustelle 2015

Im August 2015 fand die bisher größte Sommerbaustelle der Roten Flora seit Besetzung des Hauses statt.

Sie wurde mit Unterstützung von reisenden Handwerksgesell*Innen realisiert, ist jedoch nur Teil eines groß angelegten Umbauprojektes: F25. Das Kürzel bedeutet für uns, dass wir nicht an unserem 25 jährigen Bestehen halt machen, sondern dass es weitergeht. Und zwar nicht nur in Form einer Bestandserhaltung. Wir wollen unser Haus ausbauen, so wie wir emanzipatorische linksradikale Politik weiterentwickeln wollen.

Die Idee zum Umbau wurde bei unserem jährlichen Baugust 2012 geboren. Seitdem wurde sie weiter entwickelt und im Winter 2012/13 als Projekt F25 in einer Vollversammlung beschlossen. Die Sommerbaustelle 2015 hat die geplanten Projektteile weit vorangebracht. Es wird noch einige Anstrengungen brauchen bis wir alles umgesetzt haben, da vorher meist nur an den Wochenenden gebaut wurde (auch wir stecken in den alltäglichen Ausbeutungsverhältnissen).

Die oben beschriebene zeitliche Abfolge ist Ausdruck davon, dass wir es ernst damit meinen, dass uns die Eigentumsverhältnisse der Roten Flora schon immer egal waren. Die Flora ist ein besetztes Haus, unabhängig davon, wer sich ins Grundbuch einträgt. Und unsere Motivation für den Umbau entstand keineswegs erst in Zeiten in denen die Wogen um das Haus glatter erschienen. Im Gegenteil, 2013 entwickelte sich aufgrund von Investorenbegehrlichkeiten eine projektbedrohliche Situation. Dies veranlasste uns zu einer europaweiten Mobilisierung und war für uns ein zusätzlicher Ansporn, den Umbau voranzutreiben. Insbesondere in wackeligen Zeiten vertrauen wir darauf, den Kampf ums Haus immer wieder erfolgreich zu führen und reagieren mit einer Kampfansage auf der Straße. Eine Grundsanierung des alten Kastens inklusive massiver Umbauten ist aber auch eine fundamentale Kampfansage an die herrschenden Verhältnisse und eine Demonstration des Machbaren.

Die Umsetzung der Baustelle ist somit auch materialisierter Ausdruck unserer Vorstellungen davon, wie sich Gesellschaft organisieren sollte. Wir haben dieses Bauvorhaben in möglichst hierarchiefreien Strukturen nach dem Konsensprinzip geplant und alle Arbeiten in solidarischer und gemeinschaftlicher Arbeit ausgeführt. Die benötigten Mittel wurden kollektiv herangeschafft und eine Baustelle nach der anderen fertiggestellt.

Das Ziel ist jetzt fast erreicht: die Fassade zur Straße ist grundsaniert und der umfangreiche Innenaus- und Umbau ermöglicht uns, den Veranstaltungsbetrieb auszuweiten. Durch die Umgestaltung können mehr Projekte und unterschiedliche Veranstaltungen des linksradikalen Spektrums glamouröser, komfortabler und luxuriöser stattfinden.

Die in der Presse kolportierte Öffnung der Roten Flora wurde in unseren Reihen mit Verwunderung aufgenommen. Die Rote Flora war schon immer ein Ort, den Menschen nun seit über 25 Jahren nutzen um zu diskutieren, zu tanzen oder Sport zu treiben, ihr Fahrrad zu reparieren oder die Welt einfach anders zu sehen. Wir verstehen uns als Teil einer gegenhegemonialen Bewegung, die bestehende Verhältnisse umschmeißt. Wir sind solidarisch mit Projekten, die diesen Gedanken teilen und sich für eine Gesellschaft ohne rassistisches, antisemitisches, sexistisches und homophobes Gedankengut einsetzen.

Die Rote Flora und damit auch der Umbau sind Teil und Ausdruck unserer Bewegung. Nun steht nach dem Umbau eine weitere Tür offen für solidarische Mitstreiter*innen, jedoch sind wir nicht durchlässig für Projekte die nicht unserem emanzipatorischen Gedanken entsprechen. Die Rote Flora ist und bleibt ein Schutzraum insbesondere für Menschen die in anderen gesellschaftlichen Räumen marginalisiert und diskriminiert werden. Wer dies nicht anerkennt, kann wie bisher durch die eine Tür und nun auch durch die Neue andere aufs Schulterblatt fliegen!

Das Umbauresultat spricht für sich selbst und ist für uns ein Zeichen dafür, dass wir als selbstorganisiertes Projekt aus Kämpfen

stärker und keinesfalls befriedet herausgehen. Der Umbau wäre nicht möglich gewesen ohne die massive europaweite Unterstützung von solidarischen Projekten und Einzelpersonen – Geld, Material, Fachwissen und Hilfe floss von überall. Wir haben mit dem oft projizierten Bild besetzter Häuser bewusst gebrochen und das Gebäude nicht nur mit Müh und Not erhalten, sondern für unsere Zwecke als linksradikales politisches Zentrum umgestaltet. Auch was zuerst nicht realisierbar scheint, ist möglich und noch viel mehr.

Uns hat auch kein massives Aufkommen von verdeckten Ermittler*innen in unserer Szene aufhalten können. Diese sollten sich jedoch bewusst sein, dass wir uns genauso in ihr Privatleben hacken

wie sie in unseres. Wenn wir sie gefunden haben können sie sich ihr Reihenhaus woanders bauen. Die Flora bleibt nicht nur, sondern wächst! Wir sind ein Projekt mit tiefen Wurzeln und weit verzweigten starken Ästen die nicht an den Mauern des Hauses enden.

Eine detaillierte Darstellung verschiedener Aspekte der Sommerbaustelle wird noch in den nächsten Wochen erscheinen.
Plenum der Roten Flora vom 23.09.15

Festung Europa sabotieren – wir schaffen das

Die Unordnung der einen ist der Freiraum der anderen: Dem Staat mag einiges entglichen sein, die Registrierung der Flüchtlinge, die Kontrolle ihrer Wege und Ziele, der selbstorganisiert helfende Aktivismus eines Teils seiner eigenen BürgerInnen. Darauf reagieren der Staat und die WohlstandschauvinistInnen mit Repression, Angriffen und Militarisierung. Wir rufen auf zu Anschlügen auf Infrastruktureinrichtungen, die den Zusammenhalt und das Funktionieren der Festung Europa nach innen und außen garantieren. Die Festung Europa ist in ihrer wirtschaftlichen Funktionsfähigkeit zu sabotieren!

Noch während die Flüchtenden von freiwilligen HelferInnen, von mitfühlenden AktivistInnen, von solidarischen Menschen an den Bahnhöfen begrüßt wurden, verschärften die MachthaberInnen die rechtlichen Hürden für Flucht und Migration beinahe täglich. Dabei geht es nicht um reine Abschottung, sondern um Sortierung - in „gute“, „verwertbare“ und „weniger gute“, kaum zu „verwertende“ Geflüchtete. Führende Vertreter der Wirtschaftseliten wünschen sich ein begrenztes Potential an gut ausgebildeten Billigarbeitskräften. Menschen, die die Bereitschaft und Motivation mitbringen, jeden Strohalm zu ergreifen, um den Kriegsverhältnissen zu entkommen, vor denen sie geflüchtet sind, sollen integriert werden – falls ihre Arbeitskraft für den Fortbestand des Standortes Deutschlands nützlich sein könnte. So ermöglichen Krieg, wirtschaftliche Not und Flucht den Unternehmen und dem Standort eine neue Runde der Lohndrückerei,

unter dem Vorwand, ein vermeintliches demographisches Problem auszugleichen.

Angesichts dieses Selektionsziels – wir benutzen die Vokabeln bewusst, da wir widerliche Verhältnisse nicht durch politisch korrekte Bezeichnungen auch noch schönreden wollen – leuchtet es uns ein, warum die politisch Verantwortlichen in Kauf nehmen, dass Familien bei Kälte, Regen und mittlerweile Schnee im Freien vor dem „Landesamt für Gesundheit und Soziales“ in Berlin, dem „LaGeSo“, die Nächte und Wochen hindurch für ihre Termine anstehen müssen. Das so entstehende öffentliche Bild ist durchschaubar: Die „unhaltbaren Zustände“, die „Überforderung“ kann dann Thema in der öffentlichen Propaganda werden. Den WohlstandschauvinistInnen aller Färbungen und Parteien dient es als Zunder für ihre geistige Brandstifterei. Aktivistisch orientierte Nazis setzen die so erzeugte Stimmung in Brand- und Mordanschläge um. Der Verfassungsschutz wird sie - wie gewohnt (Stichwort: NSU) – gewähren lassen, steuern und bereitwillig Aufbauhilfe leisten, siehe Hogesa: Ein V-Mann des Verfassungsschutzes hatte die „Hooligans gegen Salafismus“ gegründet, die bekannt wurden durch ihren Innenstadt-Terror in Köln mit mehreren tausend Beteiligten.

Nicht nur die Nazis greifen Flüchtende und ihre Orte an: Die Polizei räumte das selbstorganisierte Camp kämpfender Refugees am Oranienplatz in Berlin. Sie überfiel das von Refugees besetzte Schulgebäude in der Ohlauerstraße und verhängten einen mehr-

tägigen Ausnahmezustand über das Viertel. Auf die Besetzung eines Hostels in der Friedrichshainer Gürtelstrasse antwortete sie mit der Abriegelung des Wohnblocks und einer Strategie des Aushungerns. Im Kleinen wie im Großen zeigt sich: Die Festung Europa kann nicht anders als militärisch gegen die Menschen in der Migration, die sie die „Flüchtlingskrise“ nennen, vorgehen. Wer das alles überlebt und erträgt, darf vielleicht bleiben und sich integrieren, so die Logik dieses buchhalterisch Kosten und Nutzen verrechnenden „Migrationsregimes“.

Allerdings haben sich Mitmenschlichkeit und Empathie eines Teils der Bevölkerung in Deutschland und in vielen anderen Ländern in solidarisches Handeln verwandelt und damit diese Festung durchbrochen. Und das ganz ohne staatliche Steuerung und regierungsamtliche Lichterketten – auch als praktische Antwort von Unten auf den Hass der Vertreter der rassistischen weißen Herrenrasse mit ihren Brandanschlägen. Gleichzeitig haben die Herrschenden kein anderes Problem als „die Ordnung wieder herzustellen“, sprich: die unkontrollierten Unterstützungsbewegungen wieder einzufangen und selbstbewusste, selbstorganisierte Flüchtende zu stoppen, die die Grenzen notfalls auch zu Fuß und quer über die Felder schaffen.

Der institutionelle Rassismus, wie er im abschiebungsorientierten Streben nach Wiederherstellung der Ordnung zum Ausdruck kommt, hängt mit Nazimorden und -

brandstiftungen und der geheimdienstlichen Unterstützung beim Aufbau faschistischer Organisationen zusammen. Die vom Verfassungsschutz aufgebauten und teilweise durch V-Leute sogar geführten Zusammenhänge (Stichwort: Hogesa) bilden eine terroristische Reservearmee in diesem Land, die den kolonialen und rassistischen Chauvinismus als Leitkultur absichern soll, wenn es „eng“ wird. „Eng“ wird es dann, wenn soziale Konfliktlinien aufbrechen und revolutionäre Kämpfe daraus entstehen könnten – z.B. aus der Zusammenarbeit von Refugees und anderen verarmten oder empathischen Bevölkerungsteilen.

Die Unordnung der einen ist der Freiraum der anderen: Dem Staat mag einiges entglitten sein, die Registrierung der Flüchtlinge, die Kontrolle ihrer Wege und Ziele, der selbstorganisiert helfende Aktivismus eines Teils seiner eigenen BürgerInnen. Die Menschen auf der Flucht haben die Unordnung durchgesetzt mit ihrer Mobilität, Kreativität, ihren Ideen und Strukturen, sei es in Deutschland, an den Grenzen der Balkanstaaten oder sonstwo unterwegs. Für sie ist die Unordnung eine Chance: Sie nutzen die Situation, indem sie sich ihr eigenes Zielland suchen, sich selbst entscheiden, welchen Zug sie nehmen und wo sie aussteigen und dabei weiter die ordnende, registrierende, sortierende und letztlich abschiebende Behördenstätigkeit unterlaufen. Daher das krampfhaft Bemühen um die „Wiederherstellung der Ordnung“. Würden in einer solchen Situation viele Menschen im Inneren der Festung Europa zu Sabotageaktionen übergehen, dann wäre das auch nicht gerade ein Beitrag zur Wiederherstellung der Ordnung. Wenn es keine Reisefreiheit für Flüchtlinge in Europa gibt und solange die Grenzen nur für jene offen sind, die den richtigen Pass besitzen, die richtige Sprache sprechen, die richtige Hautfarbe haben, solange ernsthaft erwogen wird, in als "sicher" deklarierte Zonen innerhalb von Kriegsgebieten abzuschicken, darf es innerhalb der Festung Europa keine Ruhe und Ordnung geben.

Die Herrenmänner und -frauen, diese „Blut und Boden“-Hetzer und die Patrioten, eingewickelt in ihre Deutschlandfahnen mit ihren tagtäglichen Angriffen auf Flüchtlinge, deren UnterstützerInnen und alle die sich nicht in ihre Deutschwelt einfügen wollen, fordern ein Signal heraus, dass ihnen jede weitere Lust auf Übergriffe nachhaltig vergeht. Diese Kälte, dieser Hass auf Fremde, diese kühle rationale Denkweise über Nützlichkeit und Verwertung durchzieht die Geschichte von Herrschaft.

Wenn Flüchtlinge auf Demonstrationen rufen: „Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört!“, dann weil Ressourcenraub, Waffenexporte, koloniale Unterdrückung über Jahrhunderte hinweg, jetzt dorthin zurückwirken, wo sie ihren Ausgang nahmen und nehmen. Deutschland ist, historisch wie aktuell, an der Zerstörung der Lebensbedingungen in vielen Ländern mitverantwortlich. Es hat durch Raubbau, durch Freihandel und Ausbeutung in Billiglohnverhältnissen, durch Waffenlieferungen, durch die Kumpanei mit korrupten Autokraten, Öl- und Gas-Diktatoren, durch Export zweifelhaften Industrieschrotts und der demokratischen Herrschaftsform, durch eigennützige Entwicklungshilfe und andere fragwürdige zivilisatorische Errungenschaften andere Länder dominiert, diese an sich gebunden, abhängig gemacht, ausgesaugt, wieder fallen gelassen und zerstört. Das Land, in dem wir leben und in dem sich fast alle über die „Flüchtlinge“ als „Krise“ einig sind, ist aber nicht etwa Opfer einer Krise. Dieser Staat mit seiner Wirtschaft und allen, die ihn stützen, ist Täter und Profiteur im globalen Krieg, der immer neue Grenzen überschreitet, schnell wechselnde Fronten und Bündnisse hervorbringt und über den in den privaten und staatlichen Medien berichtet wird, als ob nichts anderes möglich wäre.

Wer zum Beispiel aus Paris nicht die Lehre zieht, jegliche Waffenproduktionen und den Handel damit international zu ächten, wird noch mehr Waffen bauen um diese auch einzusetzen. Soziale Konflikte werden nur noch militarisiert gedacht und ausgetragen. Eine Frage der Zeit, wann die nächste Asylrechtsverschärfung die aktuelle überflügelt, die nächsten Sicherheitsgesetze die Luft zum Atmen weiter abschnüren, wann die Festung Europa rein militärisch gesichert wird, wann an den Grenzen auf Flüchtlinge auch offiziell geschossen werden darf (ge- und erschossen wurde bereits) und wann der Einsatz deutscher Bodentruppen in Kampfhandlungen alltäglich wird. Alles wird Krieg und Deutschland als einer der weltgrößten Waffenexporteure verdient daran.

„Für freies Fluten“ war die Parole militanter Gruppen im letzten Jahrhundert als Antwort auf die „Flüchtlingsflut“ (neuerdings auch gerne "-orkan"), das paranoide Bild, mit dem gegen Menschen auf der Flucht und in der Migration gehetzt und schließlich das Asylrecht durch eine große Koalition schon damals, 1992, de facto abgeschafft wurde. „Für freies Fluten“ setzen diese Menschen jetzt ohne nennenswerten Anteil militanter Gruppen in die Wirklichkeit um. Mit all den Chancen und Widersprüchen.

Wir sehen unseren Platz an der Seite derer, die in dieses Land wollen und ihr Lebensrecht einfordern: Refugees welcome! Bring your families and comrades!

Die chauvinistische Mobilmachung gegen Refugees braucht ein starkes Kontra. Es gilt den Preis und den Schaden für die menschenverachtende Politik in absehbarer Zeit so hochzutreiben, dass ein Zwang zur Kursänderung entsteht. Wie sonst könnte die gesellschaftliche Möglichkeit eröffnet werden, dass alle Geflohenen ins Land kommen können, die hier her wollen.

Wir rufen dazu auf, alle Strukturen unkontrollierter, selbstorganisierter Bewegung und der „Willkommenskultur“ selbstbewusst auszubauen und staatliche und polizeiliche Vereinnahmungsversuche zurückzuweisen.

Wir rufen zur subversiven Unterstützung für nachfolgende Aktivitäten und Solidarität im Falle der Repression auf:

Wir rufen zur aktiven Fluchthilfe und Unterbringung illegalisierter Flüchtlinge auf. Wir rufen zu Sabotage aller Formen von militärischer Ausrüstung und aller Produktion fürs Militär auf.

Wir rufen zum Hacken aller militärischer Kommunikationen weltweit auf.

Wir rufen dazu auf, durch gezielte Anschläge auf Nazis und deren Strukturen deren Kräfte zu binden und dadurch Flüchtlingen und deren UnterstützerInnen den Rücken freizuhalten.

Wir rufen auf zu Anschlägen auf alle Behörden, deren Zweck es ist, Menschen nach ihrer Verwendbarkeit im Kapitalismus zu sortieren und alle Überflüssigen abzuschicken.

Wir rufen allerorten auf zu Anschlägen auf Infrastruktureinrichtungen aller Art, die dazu dienen, die Normalität und Ordnung aufrecht zu erhalten, die den Zusammenhalt und das Funktionieren der Festung Europa nach innen und außen garantieren. Die Festung Europa ist in ihrer wirtschaftlichen Funktionsfähigkeit zu erschüttern und zu sabotieren!

Wir werden Geflüchtete verstecken und gemeinsam neue Orte schaffen, wir werden lernen diese Orte entschieden zu verteidigen, wir werden Löcher in die Zäune schneiden – konkret und im übertragenen Sinne.

*Vulkangruppe: Festung Europa sabotieren
– wir schaffen das*

Vielfalt statt Einfach - Bewegung ohne „Aktionskonsens“ stärken

Ein Absage an jegliches Hegemonie-Bestreben innerhalb des Widerstands

Viel ist bereits geschrieben worden zu den Ereignissen vom 18. März 2015 in Frankfurt.

Das Papier des Blockupy-Koordinations-Kreises (linksunten.indymedia - 16.6.2015) nennt eine Reihe sogenannter Grundvoraussetzungen für ein solidarisches Miteinander und für Handlungsfähigkeit im Herzen des Krisenregimes. Es wirbt für die Legitimation eines (zeitlich und räumlich begrenzten) Aktionskonsens und für die Bereitschaft aller, sich mit allen anderen Widerstands-Akteur*innen an einen Tisch zu setzen.

In der Erwiderung einer Gruppe auf diesen KoKreis-Text (linksunten.indymedia - 3.7.2015) finden wir viele Kritikpunkte, die wir ebenfalls teilen. Wir werden versuchen Euch nicht mit einer Wiederholung zu langweilen. Uns hat der unaufgeregte Ton der Entgegnung übrigens sehr gefallen.

Auch wir haben (wie die meisten anderen) einen solchen Aktionskonsens nie unterzeichnet. Warum also noch ein Papier zu dieser leidigen Erfindung?

Würde die vermeintlich konsensuale Festlegung von Aktionsbildern nicht immer wieder zur versuchten Befriedung, also zur Verunmöglichung militanter Auseinandersetzung missbraucht, wäre uns eine Betrachtung solcher Konsense keine Zeile wert. Leider sehen wir uns aber genötigt, der immer wieder durchscheinenden Ideologie erstickender Umarmung eine grundsätzliche Absage zu erteilen.

Nicht alle, sondern in der Regel nur sehr wenige, haben sich im Vorfeld des 18. März, so wie bei vielen Großevents, in zudem ganz verschiedenen Vorbereitungszirkeln auf unterschiedliche Aktivitäten verständigt. Die Definition eines Aktionsbildes verbindlich für die vielen Leute, die dann am Tag X am gleichen Ort tatsächlich zusammen kommen (sollen), ist grundsätzlich vermessenes. Jetzt werden einige Bewegungs-Manager*innen einwenden: Aber mit dieser Einstellung ist ja keinerlei verlässliche Absprache möglich. Und da können wir nur antworten: Ja, das ist richtig. Zur Unwägbarkeit und der damit verbundenen Unberechenbarkeit der „Masse“ später mehr. Wir teilen die sogenannten Grundvoraussetzungen des Blockupy-KoKreises nicht und stellen ihnen in vergleichbarer Allgemeingültigkeit lediglich eine entgegen:

Die Grundvoraussetzung für ein Bewegung verstärkendes Mit- und Nebeneinander ist das Selbstverständnis, sich auch bei selbst initiierten Widerstandsereignissen lediglich

als eine Akteurin von vielen zu begreifen.

Wir haben nichts gegen Absprachen an sich. Wir verstehen und kennen die Situation sogar sehr gut, in der wir als Initiator*innen einer Aktion Handlungsempfehlungen aussprechen, z.B. um innerhalb einer militanten Demo Anschluss an einen anderen Block zu halten oder um gemeinsam vor nahenden Bulleneinheiten abzuweichen. Das macht Sinn und kann hilfreich sein. Deshalb darf sich aber niemand anmaßen, aus den Empfehlungen Richtlinien (selbstverständlich widerstands-demokratisch legitimiert) abzuleiten, die wie es im Ko-Kreis Text stellenweise durchklingt auch repressiv gegen Teilnehmer*innen der Aktion oder andere Anwesende durchzusetzen wären. Wir betrachten das als eine unerträgliche Repräsentanz, in der eine Gruppe als vorturnende „Aktionsleitung“ dem Rest als Herde die Handlungsoptionen vorgibt. Das deckt sich weder mit unserem Selbstverständnis, noch trägt es unserer Ansicht nach zu einer Stärkung der Bewegung bei.

Von Aktionsbildzeichner*innen und Militanzdosierer*innen

„Am 18. März entscheidet die Straße“, so lautete die angenehm vollmundige Ansage auf dem Plakat der Interventionistischen Linken (IL). Es reihte sich damit kurz vor knapp ein in eine verheißungsvolle Serie von Aufrufen und Mobi-Material verschiedenster Akteur*innen, die verbal keck auf die Kacke hauten. Die ungewöhnlich breite militante Mobilisierung hat mit dazu beigetragen, dass ein beachtlicher, wilder Haufen in Frankfurt zusammen kam. Dieser vermochte die so notwendigen Rauchzeichen eines internationalen NEIN von unten zu artikulieren.

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist folgende Selbstkritik eines mitorganisierenden Blockupisten zum 18. März in Frankfurt: „Nicht alle, die zur EZB-Eröffnung nach Frankfurt mobilisierten, waren also mit unserem Vorhaben einverstanden, dem gesamten Gebiet rund um die EZB unseren Aktionskonsens überzustülpen oder noch selbstkritischer gesagt: es zu befrieden. War dieses Vorgehen von uns nicht etwas vermessen? Keiner würde beim Castor-Transport die gesamten letzten Kilometer der Schienenstrecke bis Dannenberg zu einer Aktionskonsens-Zone erklären. (Lower Class Magazine - 27.5.15)“ Keine Gruppe konnte die Deutungshoheit über die Geschehnisse des 18. März in

Frankfurt für sich beanspruchen. Blockupy hätte gerne, aber das verbot sich. Die Verantwortung in Selbstüberschätzung einer „Ansprechorganisation für das Gesamte“ wurde mit den teils heftigen Ausformulierungen des „Neins der Straße“ zur ungeliebten Last. Angetreten für verlässlich dosierten Ungehorsam sah sich Blockupy nun genötigt, „Inszenierungen“ zu kommentieren, für die „andere politische Akteure“ Blockupies „Bühne“ bewusst genutzt haben – so die Darstellung im eingangs erwähnten Blockupy-Papier. Das muss Blockupy im übrigen gar nicht tun und das wird Blockupy über die Jahre der Gewöhnung an die Vielheit (wir sagen bewusst nicht Multitude) des Widerstands auch immer weniger tun – ein Lern- und Streitprozess, den die unterschiedlichsten Gruppen im Wendland bereits hinter sich haben: Hier hat sich eine kooperative Vielfalt darauf verständigt, dass

1) jeder seine Aktivität selbst kommentiert (über selbst gewählte Verbreitungskanäle) und

2) diese als eine von vielen darstellt.

Eine solches solidarisch-kollegiales Nebeneinander vereint im gesamtheitlichen Miteinander muss zwar immer wieder erstritten werden (Castor-Schottern 2010), ist jedoch seit vielen Jahren guter Widerstandston im Wendland.

Die Geschichte des Wendlandwiderstands ist wegen ihrer Reichhaltigkeit vielleicht das gewichtigste Gegenbeispiel zur These der zivilen Ungehorsam-Propagandist*innen: „Ohne die Formulierung und Einhaltung eines Aktionskonsens wird die Masse bzw. viele Sympathisierende unserem Widerstand fernbleiben.“ Auch für die Auseinandersetzungen um den G8 in Heiligendamm traf diese These nicht zu, obwohl sie hier inmitten der militanten Auseinandersetzung mit der Polizei besonders laut vertreten wurde. Wir werden nicht müde, vor dem trügerischen Irrglauben zu warnen, mensch könnte mit gedeckelter Militanz die „der Masse“ nicht zumutbare Heftigkeit der gefürchteten Bullen-(Re)aktion beeinflussen.

Massen-Mitmach-Angebote zu schaffen, ist vollkommen richtig und wichtig – daraus abzuleiten, sozialer Ungehorsam müsse „zivilisiert“ und in der Aktionsform beschränkt werden, um erfolgreich zu sein, halten wir für einen gefährlichen Trugschluss:

Wer glaubt, durch „aktives Durchsetzen ei-

nes Aktionskonsens“ unerwartetes und selbstbestimmtes Agieren wegzuregulieren, bewirkt nicht nur politische Spaltung, sondern beraubt sich mit diesem einhegenden Korsett der Möglichkeit, eine Dynamik zu erzeugen, in der sich überhaupt Freiräume für unübersehbaren Widerstand ergeben könnten. Kurzum: Die Unberechenbarkeit auch eines militanten Widerstands sollte für alle Bewegten kein zähneknirschend zu erdulndes „Bündnis“-Wagnis sondern eine Option zum Durchbrechen eines vollständig (durch die Polizei) kontrollierten Protestgefüges sein.

Unsere Wahrnehmung vom „schlimmen Finger“ am 18. März in Frankfurt ist in diesem Sinne eine überaus positive: Hier wurde nichts „gekapert“, hier haben sich Menschen selbst ermächtigt und sich weder von der Polizeipräsenz in der Stadt noch von den Vorgaben eines ohnehin nicht flächendeckend gedachten Aktionskonsens einschüchtern lassen: Eine gelungene Wiederaneignung der Autonomie des Widerstands als Gegenentwurf zu einem sich künstlich ohnmächtig machenden zivil(isiert)en Ungehorsam.

Vielfalt versus Einfalt der Hegemonie

Blockupy wie auch viele andere Akteur*innen stellten ihre Aufrufe zum 18.03.2015 in einen transnationalen Kontext. Neben der gemeinsamen Bekämpfung des Krisenregimes soll das Überwinden der Grenzen sinnvollerweise auch dem Zweck dienen, verschiedene Formen des Widerstands von Genoss*innen aus anderen Ländern kennenzulernen und gegebenenfalls adaptieren und zu können. In diesem Sinne wollen wir den Blick auf ein Beispiel richten, das zeigt, wohin „Aktionskonsense“ führen können. In Italien versuch(t)en einige politische Kräfte unter dem Namen „Disobedienti“ eine überaus bedenkliche Widerstandsreform. Sie nennen es Modernisierung des Widerstands, bzw. Anpassung der Methodik an die aktuellen Kräfteverhältnisse. Autonome Kleingruppenkonzepte werden da schon mal als grundsätzlich „antiquiert“ und „überholt“ bezeichnet. Ihr verständlicher Wunsch, „mehr zu werden“ treibt sie mit dem Projekt „ziviler Ungehorsam“ in eine gefährliche Erfolgsfalle. Jede Aktion muss erfolgreich sein, um positive Ausstrahlung zu garantieren – eine kritische Analyse verlässt die Hinterzimmer nicht. Die Absicherung des unbedingten Erfolges geht in Einzelfällen so weit, dass einige ihrer Organisator*innen im Vorfeld einen „für alle Seiten erfolgreichen Ablauf“ von Massenprotestaktionen mit der Polizei absprechen:

Über die Gewährleistung eines Aktionskonsens sollte der mit der Gegenseite ausgehandelte Ausdruck der Aktion (welche Mittel setzen wir ein – im Widerstandsausdruck: „Aktionsbild“) eingehalten und der ausgehandelte „Erfolg“ (wie weit lässt uns die Polizei gemäß Absprache vordringen?) eingelöst werden. Das erfordert eine geschickte verhaltensökonomische Lenkung der Widerständischen, so wie wir dies von modernen Governance-Konzepten unter dem Begriff des „nudging“ (=stubsen) kennen. Obwohl mensch auf ein zu offensichtliches, beton-stalinistisches Ordner*innen-Konzept zur Einhaltung der Absprachen verzichtet hatte, fühlten sich so viele Beteiligte so gründlich verarscht, dass es zu einem offenen Bruch vieler linker Gruppen mit den Disobedienti kam. Die Glaubwürdigkeit der Gruppe, mehr als eine in der Wirkung beschränkte Inszenierung von Widerstand zu beabsichtigen, war zerstört. Dennoch bemühen sich die Disobedienti, als italienische Blockupy-Schwester weiter um die Hegemonie in der aktionsorientierten Linken, wie es zuletzt bei den Anti-Expo Protesten rund um den ersten Mai 2015 in Mailand zu beobachten war.

Zum Glück reicht die bislang tatsächlich erlangte Hegemonie selbst innerhalb von Blockupy (noch) nicht so weit: Im „schlimmen Finger“, der am Morgen des 18. März in Frankfurt ohne vorab definierten Aktionskonsens für beträchtliche Verwüstung in Frankfurt gesorgt hat und sich dann wieder anderen Aktivist*innen angeschlossen hat, befanden sich zahlreiche verummte Blockupistas. Das fanden wir gut – auch eine undogmatische Interpretation eines befremdlichen Aktionskonsens. Wir werben aber aus politischen Gründen eher für ein aktives Zurückweisen eines solchen Aktionskonsenses – quasi mit (halb-)offenem Visier.

Wer hingegen die Übergriffe von italienischen Disobedienti auf Mitdemonstrierende, die in und aus der Demo heraus militant agieren, als eine auch in Deutschland anzustrebende „aktive Durchsetzung des Aktionskonsens“ bezeichnet, der sollte besser keine Aktionschoreografie mehr entwerfen. Mit Leuten, die eine derartige Stalino-Haltung offenbaren, wollen wir keine gemeinsame Sache machen. Wir haben keine Lust auf Verhältnisse wie in Griechenland, wo anarchistische Genoss*innen sich handgreiflich gegen Schläge und Tritte von „Genoss*innen“ der beton-kommunistischen KKE wehren müssen, um sich Zutritt zu einem öffentlichen Platz zu verschaffen. Wir möchten uns nicht mit Reißbrett-Choreograf*innen, um Handlungsspielräume auf der Straße prügeln – das wäre die denkbar unsinnigste Gesamt-Cho-

reo. Denn eins müssen alle lernen: Entscheidend für den politischen Ausdruck ist allein die Gesamtchoreografie in ihrer Vielheit und nicht die per Deutungshoheit geliftete Bedeutsamkeit einer Einzelaktion. Mediale Dominanz als Katalysator zur Vereinheitlichung eines an immer runderen Tischen und von von wenigen Vorplaner*innen erdachten politischen Ausdrucks wird das Problem nicht lösen. Sie verleitet allenfalls zu Allmachtsgelüsten auf ein universelles Bewegungsmanagement. Und dem widersetzen wir uns, politisch motiviert, mit aller Vehemenz.

„Egal, was passiert – Hauptsache wir behalten die Deutungshoheit“

Mit diesem Ausspruch stimmte sich der weniger fortschrittliche Teil der Widerstandsführungsriege von Blockupy auf das zu erwartende Entgleiten der Geschehnisse am 18. März in Richtung einer unübersichtlichen Unruhe ohne festes „Aktionsbild“ ein. Das hat nicht geklappt.

Statt eine wenig aussichtsreiche, statische Konfrontation an einer quasi-militärisch verteidigten roten Zone zu suchen, hat der wütende Mob für die Ordnungshüter*innen schwer kalkulierbar und örtlich flexibel gehandelt. Die Unberechenbarkeit und das asymmetrische Ausweichen dynamischer Gruppen bestimmte bis zum Nachmittag erfolgreich den politischen Krawall in Frankfurt und konnte tatsächlich ein kleines Zeichen des Aufruhrs setzen, das das politische Anliegen weiter getragen hat, als eine ausschließliche Inszenierung der Zahnlosigkeit am Zaun dies vermocht hätte.

Viel wichtiger noch: über die so hergestellte breite Vielfalt verschiedener Protestformen hat auch eine Rekollektivierung der Interpretation der Ereignisse in Frankfurt stattgefunden. Viele Stimmen prägen nun die Bewertung der Geschehnisse. Und das ist gut so. Nichts lähmt und bremst die Dynamik sozialrevolutionärer Bewegungen stärker als jedweder Versuch von Vereinahmung oder Alleinvertretung.

Wir sehen den 18. März daher auch als eine deutliche Zurückweisung jeglichen Hegemonie-Bestrebens innerhalb der Linken. Man könnte sagen: „Am 18. März hat die Straße entschieden“.

einige autonome Gruppen

Unsere schönen tollen Gesellschaften

Nach dem Attentat von Paris: Hört auf, euch in ein „Wir“ zwängen zu lassen, dem ihr gar nicht angehört.

Es wurden empörend viele dumme Texte in einer erstaunlich raschen Abfolge produziert, nachdem eine Zelle des „Islamischen Staates“ (IS) in Paris über 100 ZivilistInnen tötete. Die meisten dieser Dokumente fortschreitender Verblödung müsste man nicht einmal kommentieren, wenn sie nicht trauriger Weise sogar funktionieren würden. „Funktionieren“ tun sie, weil sie gar nicht geschrieben sind, um einen wie auch immer gearteten Erkenntnisgewinn zu produzieren. Vielmehr wollen sie die nun panisch vor Angst nach Halt suchenden Monaden der kapitalistischen Metropolen gerne einfangen und in ein Kollektiv pressen, das – je nach Schreiberling – ganz eigene Zwecke erfüllt.

Eine oberflächlich betrachtete harmlose Variante dieses Versuchs, präsentiert uns die Guardian-Autorin Suzanne Moore. Sie hat endlich alles durchschaut. Der „Islamische Staat“ hat es auf unseren „Joy“, unsere Lebensfreude und unseren Spaß, abgesehen. „Die Angreifer von Paris können die eine Sache, die sie am meisten hassen, nicht umbringen: Den Spaß.“ Die liebenswert blöde Moore weiß sodann auch schon, wie der „Widerstand“ zu organisieren ist. Am Tag nach dem Attentat war sie nämlich Kuchenessen mit ihrer Familie. Sicher, so viel kann auch sie verstehen, durch „Kuchen alleine“ werden sie nicht besiegt, die bärtigen Spaßverderber. „Aber ich denke schon, dass gutes Leben eine Form des Widerstands ist und Paris das am besten von allen Orten verkörpert.“

Nimmt man der Erklärung ihre kindische Ausformulierung ist sie eine der gängigen: „Wir“ haben einen supertollen Lebensstil, der von „Liebe und Leben“ (Moore) geprägt ist, und das können die Terroristen halt einfach nicht ertragen, weil die mögen lieber den Tod. Das Problem an dieser Erklärung ist: Das „Wir“ mit dem supertollen Lebensstil existiert nicht. Und das ist etwas, das sich in Paris wirklich gut darstellen lässt. Denn während die „award winning“ Guardian-Kolumnistin ihren Kuchen frisst, sitzt man in den Banlieues schon an der ganz dünnen Wassersuppe. Ob die „Kritik“ Moores an der Todesliebe der Dschihadisten zutrifft oder nicht: Das vermeintlich

klassenlose „Wir“, das im „Westen“ ein so gutes Leben führt und das sie gerne verteidigen will, existiert so nicht.

Die politisch dezidiertere Form dieses „Wir“ findet sich dann auch bei jenen Autor_innen, die uns gerne für dieses „Wir“ nicht an den Kuchen, sondern zu den Waffen rufen wollen. Bei Julian Reichelt von der Bild etwa. Ob man jemanden, dessen „Kommentare“ grade mal die Länge einer SMS haben, Journalisten nennen kann, ist unklar, aber wenn er einer ist, dann ruft „uns“ dieser Journalist auf: „Die Wahrheit ist unbequem: Der Kampf gegen ISIS erfordert Opferbereitschaft.“ Opferbereitschaft für „unsere Gesellschaft in ihren weltoffenen und freiheitsliebenden Grundfesten“. U serious? Die weltoffene „Festung Europa“, an deren Weltoffenheit jährlich tausende zerschellen? Das „freiheitsliebende“ Europa, in dem Millionen von working oder non-working poor die Freiheit genießen, nicht zu wissen, wie man nächste Woche über die Runde kommt?

Ihr eigenes „Wir“ wollen uns nun auch die Rattenfänger von „Identitären“ über Front National bis Pegida ans Herz legen. In dieser vom rechtliberalen Mainstream zwar verschiedenen, aber nicht grundsätzlich anderen Version des nun zu verteidigenden „Wir“ sind „wir“ vor allem die, die nicht islamisch sind. „Was nun vonnöten ist, ist die Betonung der Werte von Souveränität, Leitkultur, Staat, Nation und Familie, verbunden mit einer entsprechenden konkreten politischen Praxis der Grenzschiebung und Remigration“, heißt es in einem Debattenbeitrag der Identitären.

Das Gros der bürgerlichen Autor_innen ist bemüht, eine einfache Dichotomie aufzumachen. Hier ein „Wir“, dem der Multimilliardär genauso angehört wie der darbenende Habenicht, der Massenmörder Oberst Klein genauso wie der Hippie-Friedensaktivist, der Flüchtlingshelfer genauso wie Markus Söder. Und dort die anderen, die dieses entweder als „Nation“ oder „Europa“ oder „westliche Wertegemeinschaft“ bestimmte „Wir“ gefährdet.

Dabei gerät aus

dem Blick, dass der „Islamische Staat“ nicht das völlig Andere ist, das aus einem nicht bestimmbar Außen auf die kapitalistische Moderne kam. „Der IS stellt somit gewissermaßen ein Nebenprodukt der krisenhaften kapitalistischen Globalisierung dar. Hierbei handelt es sich gerade nicht um eine autochthone, traditionalistische und aus den regionalen Sippenverbänden und ‚Stämmen‘ hervorgegangene Aufstandsbewegung, sondern um eine im höchsten Maße globalisierte Besatzungsarmee, die sich in den sozioökonomischen und politischen Zusammenbruchsregionen des Zweistromlandes konstituierte. [...] In der barbarischen Gegenwart islamistischer Ideologie und Praxis findet der kapitalistisch-liberale Westen somit die Echos seiner eigenen blutgetränkten Vergangenheit. Mehr noch: Der barbarische Kern kapitalistischer Vergesellschaftung kommt im extremistischen Islamismus wie im Rechtsextremismus zum Vorschein. [...] Der Islamismus ist somit – genauso wie der Rechtsextremismus – ein Produkt der Weltkrise des Kapitals“, schrieb Tomasz Konieczny bereits vor einiger Zeit.

Das „Wir“, in das wir als Menschen, die ein Interesse an der Überwindung von Kapitalismus genauso haben, wie eines an der Zerschlagung des IS, kann weder das von Françoise Hollande, noch das von Abu Bakr al-Baghdadi sein. Das „Wir“, das wir brauchen, ist eines, das wir selber zu schaffen haben, und in dem kurdische Guerilleras, rebellierende Jugendliche in den Vorstädten, fabriksbesetzende Arbeiter_innen in Griechenland und LGTB-Aktivist_innen aus der Türkei vorkommen. Generell gilt: Wollen dir ein Julian Reichelt oder ein Markus Söder erklären, es gebe irgendein relevantes „Wir“, das dich mit ihnen zusammenschließt, lauf. Lauf weit und schnell.

Fatty McDirty
(lower class magazine)



Erklärung der im Rahmen der letzten Phase der Operación Pandora

☆ Festgenommenen, die sich momentan auf der Straße befinden ☆

Am vergangenen Mittwoch, den 28. [Oktober], wurden wir zu neunt im Rahmen einer neuen anti-terroristischen Operation festgenommen, welche von der Abteilung Aufklärung der Mossos d'Esquadra mit Genehmigung des 3. Strafgerichts der spanischen Audiencia Nacional geleitet wurde. Nach der Hausdurchsuchung – dem Ausplündern unserer Wohnungen, wie auch des libertären Zentrums von Sants [cat. Ateneo Libertario de Sants], wurden wir zu verschiedenen Polizeiwachen im Umkreis von Barcelona gebracht, und am darauffolgenden Tag für unsere Verlegung nach Madrid dann an die Guardia Civil überstellt. Am Freitagmittag wurden wir dem Richter Juan Pablo Gonzalez Gonzalez vorgeführt, der für zwei von uns die Entlassung unter Auflagen, Haftverschonung gegen Kautions für sechs und Untersuchungshaft für den Gefährten, der sich momentan in Soto del Real befindet, anordnete.

Als Gesamtheit der Festgenommenen, die sich zurzeit auf der Straße befinden, wollen wir gemeinsam einige Reflexionen und politische Positionen öffentlich machen:

Der zugrundeliegende Tatvorwurf für die neun ist die „Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung mit terroristischen Zielen“. Konkret werfen Sie uns die Zugehörigkeit zur Vereinigung „GAC-FAI-FRI“ vor, bei dem es sich, wie allgemein bekannt ist, um ein Konstrukt der Polizeibehörden handelt, eine Vereinigung von Initialen, in denen absichtlich und wohl kalkuliert Räume der Koordination zwischen Kollektiven (GAC) mit der „Unterschrift“ vermischt werden, die auf internationalem Niveau einige Gruppen für Bekenner schreiben im Rahmen von Sabotageaktionen benutzen (FAI-FRI).

Das Konstrukt dieser Organisationsrahmens ermöglicht der Polizei alle Repressionsmittel anzuwenden, die die Anti-Terror-Apparatur bereithält: Ausnahmegerichte, größere Rechtsunsicherheit, wesentliche härtere Strafen für Gefährten_innen, die wegen der Begehung bestimmter Taten verurteilt werden, Festnahmen ohne richterlichen Beschluss, besondere Haftbedingungen, freundschaftliche und solidarische Beziehungen werden als Delikte aufgefasst, Medienhetze, soziale Stigmatisierung, etc.. Es bleibt zu sagen dass wir während des gesamten Prozesses der Festnahmen – von dem Moment an, in dem wir unsere Wohnungen eingearannt und ausgeplündert sahen bis wir zum Richter vorge-

führt wurden – nie wirklich sicher gewusst haben, was sie uns vorwerfen.

Mit der Zusammenstellung der Initialen GAC-FAI-FRI haben sich die Ermittlungsbehörden ein Netz konstruiert, mit der sie potentiell alles abfischen können, was sich innerhalb des anarchistischen und anti-autoritären Umfeldes bewegt. Im Kontext mit diesem neuen Organisationsrahmens genügt es Teil ihrer schwarzen Liste zu werden, Diskussionsveranstaltungen mit vorzubereiten, an Treffen teilzunehmen, inhaftierte Gefährten_innen zu besuchen oder auch einfach nur in Kontakt mit einer Person zu stehen, die der Zugehörigkeit zu dieser Organisation verdächtigt wird. Es ist diese ungenaue und extensive Begriffsbestimmung, die der Strategie des Anti-Terrorismus ihre Stärke verleiht: Nach jeder Repressionswelle, machten sich alle diejenigen, die sich mit den Festgenommenen solidarisch zeigten, selbst anfällig dafür als Mitglieder der Organisation betrachtet und dafür verhaftet zu werden, und so geht es nach und nach weiter.

Das Konzept der terroristischen Vereinigung ist dazu konzipiert, kontinuierlich ausgeweitet zu werden, vielleicht mit der Erwartung das der Moment kommen wird, an dem das als gefährlich angesehene Umfeld letztendlich isoliert und von der repressiven Dynamik erstickt wird, oder dass die Fähigkeit dieses Umfeldes politisch zu handeln so sehr verschmälert wird, dass es nicht mehr lohnenswert ist, weiterhin gegen es Schläge auszuführen. Die Tatsache dass diese neue Operation den eigenen Erklärungen der Mossos widerspricht (die bekanntgaben, dass die Sektion Barcelona der GAC-FAI-FRI bereits zerschlagen gewesen sei) überrascht uns nicht, weil die terroristische Vereinigung durch die Polizeiaktion selbst konstruiert, modifiziert und verstärkt wurde, und nicht andersherum. Der „Kampf gegen den Terrorismus“ erschafft den Terrorismus, in der gleichen Weise wie das Gesetz die Straftat schafft. Der Versuch die Existenz einer anarchistischen Terrororganisation zu etablieren erscheint dennoch als ein qualitativer Sprung in der Repressionsstrategie gegen die Kämpfe, ein Sprung, der von niemandem unbemerkt bleiben sollte und der eine tiefgehende Analyse innerhalb der Bewegung erfordert.

Wir betrachten die Innenverwaltung der Generalitat [cat.: Conselleria d'Interior de la Generalitat] und im Besonderen die Ab-

teilung Aufklärung der Mossos de Esquadra [cat.: Comissaria General d'Informació del CME] als unmittelbar verantwortlich für diese jüngste repressive Aggression. Der Versuch, den Ball nach Draußen zu werfen, in dem die Mossos Ihre Rolle darauf beschränken wollten nur Befehle aus Madrid auszuführen, sind nur ein feiger und schäbiger Versuch die Verantwortung abzustreiten und ihre Verstrickung in diese Taten zu verschleiern, während sie die von der Audiencia Nacional gebilligte Operation vorantrieben und bis ins letzte Detail geplant haben.

In diesem Sinne, seht wie die katalanische Regierung katalanische Jugendliche an Gericht, Gefängnisse und Repressionsorgane ausliefert, Nachfolger des spanischen Franquismus, dies liefert uns ein sehr genaues Bild was die reale Basis des sogenannten „Unabhängigkeitsprozesses“ bildet und lässt den perversen Gehalt der diesen umgebenden Rhetorik von Befreiung deutlich werden. Die Wahrheit ist, dass seit geraumer Zeit die Regierung das katalanische anarchistische und anti-autoritäre Umfeld als zu bekämpfenden Feind ausgemacht hat, und das Verfahren Pandora hat keinen anderen Zweck, als sich diesem Ziel anzunähern. Sie geht gegen den Anarchismus nicht wegen dessen abstrakter Ideen vor, sondern für das, was er in der Praxis gewesen war, schon ist, und noch sein könnte: Eine Minderheit von Revolutionären, die nicht daran zweifelt, dass System und seine unterdrückenden und korrupten Fundamente herauszufordern, die diejenigen, die sie umgeben dazu ermutigen zu rebellieren, und die widersteht, sich von den Kanälen der politischen Integration verführen zu lassen, wie sie der demokratische und liberale Kapitalismus bietet.

Während der letzten Phase der Kämpfe, die aus der weltweiten Finanzkrise und Sparpolitiken, die alle Last der Anpassungsmaßnahmen auf den Rücken der Ausgebeuteten legten, hervorgingen, hat sich in Katalonien ein Feld der Antwort darauf aufgemacht, innerhalb dessen insbesondere die revolutionären Kräfte ein störendes Element für das neoliberale Projekt der katalanischen Regierung darstellten. Mit allen unseren Grenzen, Fehlern und Widersprüchen, haben wir während dieser letzten Jahre dafür gestritten, uns den Angriffen auf die Lebensbedingungen Aller (im Kontext der Lohnarbeit, des Wohnens, des Gesundheitssystems, etc.) entgegenzustellen; wir

haben eine grundlegende Analyse der Krise verbreitet, die aufzeigt, dass das Problem nicht ein Teil des Systems ist, sondern das System an sich; wir haben Räume und Netzwerke geschaffen, um unsere Probleme und Bedürfnisse auf solidarische und unterstützende Weise zu lösen, bzw. zu befriedigen, selbstverwaltete Strukturen als Antwort auf die Institutionen und ihre paternalistischen und fürsorgenden Dynamiken; wir haben, an der Seite tausender anderer Menschen, die Streiks nach vorne gebracht, die die Stadt in der Verteidigung unserer Interessen als Arbeiter_innen entflammt haben; wir haben Barrikaden gegen die Räumung sozialer Stadtteilzentren errichtet; wir sind auf die Straße gegangen um gegen den Femizid anzugehen, um die Ausbeutung der Frauen in der Sphäre der Reproduktion sichtbar zu machen, wie auch die Arbeit der Priester, um die Abtreibungsgesetze zu missachten, die dazu dienen, unserer Körper und Leben zu kontrollieren; wir haben das Schweigen im Kontext der Polizeigewalt und –morde gebrochen, wir auch im Zusammenhang mit rassistischer Verfolgung, der Abschiebungsmaschinerie, den Abschiebeknästen [CIE], den Knästen, und, nicht zu vergessen, wir haben nicht unterlassen die letztlich Verantwortlichen für unsere Misere anzuklagen, die Staaten, die Arbeitgeber und die lokalen und internationalen Finanzeliten. All Dieses ist, was wir sind, all Dieses beabsichtigen sie zu zerstören. Das politische Ziel dieser Repressionswellen ist kein anderes, als Angst und Hoffnungslosigkeit zu verbreiten, um einige befriedete soziale Bewegungen zurückzubehalten, unfähig sich zu widersetzen und mit den Spielregeln zu brechen, die die Herrschaft bereithält um

sich selbst zu reproduzieren. Daher kommt die Repression gegen Anarchisten, Kommunisten, Independentisten, die Generalstreikenden des 29 März, die Angeklagten von Can Vies, die Angeklagten für die Aktion zur Belagerung des Parlaments... Das System versucht nicht unsere Schuld zu beweisen, sondern vielmehr seine Unschuld herauszustellen: Es möchte sich selbst die Absolution erteilen für den Weg des Delegitimierens, Isolierens und Neutralisierens all derjenigen, die es Anklagen und ihm die Stirn bieten.

Die solidarische Antwort auf unsere Festnahmen zeigt uns, dass unsere Feinde immer noch weit davon entfernt sind ihre Ziele zu erreichen. Wir möchten uns bedanken und begrüßen alle und jede einzelne der in diesen Tagen geäußerten Solidaritätsbekundungen. Die Demonstrationen, Kundgebungen, die Aktionen, die Gesten der Zuneigung und Unterstützung, die finanzielle Hilfe.. Die enorme Unterstützung die wir erhalten haben hat einen für uns nicht aufzurechnenden Wert, einen Wert, der mit großem Abstand die schlechte Behandlung ausgleicht, die diese gering erscheinen lässt, bis hin diese lächerlich zu machen. Wir glauben nicht an ihre Gesetze, und auch nicht an die Garantien, die diese uns bieten: Unsere einzige Verteidigung, unsere einzige Garantie ist die solidarische Antwort auf der Straße. Die massive Zurschaustellung der Unterstützung, die Ihr uns geboten habt, und die wir zuvor unseren während der vorausgegangenen Operationen gefangengenommenen Schwestern geboten haben, beweist das Scheitern der Strategie des Anti-Terrorismus darin uns über die Verbreitung von Angst zu isolieren.

Jetzt sind wir auf der Straße, aber nur unter Auflagen. Einer von uns, Quique, bleibt weiterhin im Gefängnis Soto de Real inhaftiert. Gerade deshalb darf die Solidarität nicht nur nicht nachlassen, sondern muss ausgeweitet werden. Wir rufen dazu auf den Kampf auf der Straße für seine Freilassung zu verstärken, dazu auf, dass alle und jede einzelne Gefährtin ihm mindestens ein Karte schickt und dazu mit Kraft alle Mobilisierungen zu unterstützen, die zu seiner Unterstützung geplant werden, genauso wie sehr aufmerksam den Informationen und Erklärungen derjenigen Kollektive, bei denen beteiligt sind: Acció Llibertària de Sants [Libertäre Aktion Sants] und Sindicato de Oficinos Varios de la CNT-AIT de Barcelona [Berufsspartenübergreifende Gewerkschaftssekktion der CNT-AIT von Barcelona].

Wir werden ihn niemals alleine lassen, nicht ihn, nicht Mónica, nicht Francisco, nicht den Rest der inhaftierten Gefährt_innen. Keine Verhaftungen, keine Prozesse, keine Knäste können unsere Bänder der Solidarität oder unsere politische Überzeugung zerstören. Für uns waren die dreckigen Zellen in denen wir die letzten Tage verbracht haben immer noch mit mehr Würde behaftete Orte, als die luxuriösen Büros von denen aus sie das Elend Aller verwalten.

Kein einziger Schritt zurück! Der Kampf ist der einzige Weg!

*Festgenommene der letzten Phase
der Operación Pandora,
die sich momentan auf der Straße befinden*



PKK - Na, klar!

Spätestens seit dem Kampf um Kobanê, die Revolution in Rojava und die damit verbundene erstarkte Kurdistan-Solidarität, ist auch die PKK wieder Thema und im Fokus der Öffentlichkeit, zu Letzt hat selbst die Boulevardzeitschrift der Springerpresse, die Bild mit Cemil Bayik, einem Gründungsmitglied und aktuellem Ko-Vorsitzenden einen Interview unter der Schlagzeile: Freund oder Feind? veröffentlicht.

Dies stellt im Bezug zum bestehenden Verbot der PKK, die militärische Unterstützung der südkurdischen Regionalregierung und dem internationalen Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat eine interessante Situation dar.

Das Verbot hat Geschichte

Die Geschichte der Repression gegen die PKK begann in Schweden und fand ihren Höhepunkt in der Bundesrepublik Deutschland. Im August 1986 flog die türkische Luftwaffe Angriffe auf kurdische Dörfer im Irak und tötete dabei mehr als 100 Menschen. Zeitgleich inszenierte der türkische Geheimdienst MIT in Zusammenarbeit mit dem Hamburger Staatsschutz eine Aktion, bei der ein Kurde verhaftet und in einem Schließfach im Hauptbahnhof Sprengstoff gefunden wurde, mit dem angeblich ein Angriff auf den türkischen Generalkonsul in Hamburg durchgeführt werden sollte. Der Ablauf der Ermittlungen und der Vorbereitung der Verhaftung

strotzte nur so vor Ungereimtheiten. Trotzdem löste der Fall eine Hetze gegen Kurd_innen aus.

Drei Monate später endete diese Polizeiaktion, da das Gericht beschloss den Haftbefehl aufzuheben, weil es weder einen dringenden Tatverdacht, noch triftige Erkenntnisse gab. Nach wenigen Monaten wurde das Verfahren eingestellt.

Das „Düsseldorfer“ 129a Verfahren

Nur eine Woche nach Inkrafttreten des neuen §129a und des §120 GVG (Gerichtsverfassungsgesetz) beginnt das BKA mit weitreichenden Ermittlungen gegen kurdische Strukturen in der BRD. In Aktenvermerken taucht dann sogar das o.g. obskure Hamburger Verfahren auf, ohne den Einstellungsbeschluss oder die Begründung der Hamburger Richter zu erwähnen.

Im Mai 1987 schließlich beginnt ein Ermittlungsverfahren nach §129a wegen des „Verdachts der Bildung einer bisher unbekanntem terroristischen Vereinigung im Umfeld der Arbeiterpartei Kurdistans“.

Der sich anbahnende Prozess vor dem Oberlandesgericht (OLG) in Düsseldorf steht in einer Linie mit allen Prozessen gegen Angehörige von revolutionären Gruppen in der BRD, aber in einigen Punkten übertrifft der PKK-Prozess alles bisher erlebte. Sämtliche Gefangenen sitzen in Isolationshaft, die Verteidigung wird massiv behindert und die BAW startet eine Vorverurteilungskampagne, die sich nahtlos an die anti-kurdische Propaganda der 2 Jahre zuvor anschließt.

Generalbundesanwalt Rebmann erklärte die PKK zum „Hauptfeind der inneren Sicherheit und das anstehende Verfahren zum größten Terrorismusprozess in der Geschichte der Bundesrepublik“ und thematisiert die Bedeutung des Verfahrens für geplante Verschärfungen des Ausländer- und Asylrechts.

Am Ende, 1994 nach über 350 Verhandlungstagen stehen mehrere Verurteilungen zu Haftstrafen, aber auch Freisprüche. Mehrere inzwischen aus der U-Haft Entlassene gingen nach Kurdistan. Ganze Anklagekomplexe wurden fallen gelassen.

Das PKK-Verbot

1993 wird das sog. PKK Verbot erlassen. Die PKK und die ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans) werden mit einem Betätigungsverbot nach dem Vereinsgesetz belegt. Der Berxwedan-Verlag und die Nachrichtenagentur Kurd-HA, die Föderation der patriotischen ArbeiterInnen- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der BRD e.V. (FEYKA Kurdistan) und 29 andere kurdische Vereine werden als angebliche Untergrundorganisationen der PKK verboten und aufgelöst. Mit dem Verbot sollte von Staatsseite das vollendet werden, was Jahre zuvor begonnen wurde. Jegliche Solidarität mit der PKK wurde kriminalisiert, vom Rufen von Parolen, dem zeigen von Fahnen, Verteilen von Zeitungen bis hin zum Sammeln von Spenden. Newrozfeiern, Kundgebungen, Demonstrationen und selbst Hochzeitsfeiern wurden verboten. Die Verbote setzte die Polizei auch in kleineren Städten mit massiven Einsätzen durch.

Tausende von Strafverfahren wurden eingeleitet und hunderte kurdische Menschen eingesperrt. Die Hetze gipfelte 1994 in der Ermordung des kurdischen Jugendlichen Halim Dener durch einen Zivilpolizisten in Hannover.

PKK – Na, klar!

Doch auch die Aktionen, Kampagnen und Forderungen zur Aufhebung des PKK Verbots haben Kontinuität, die ungebrochen ist.

Immer mehr Initiativen, Organisationen, Mitglieder von Parteien oder Einzelpersonen wenden sich gegen das im November 1993 vom damaligen Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) erlassende und bis heute bestehende PKK-Betätigungsverbot. Trotz anhaltender Provokation durch Polizeikräfte bei Demonstrationen und eingeleiteter Ermittlungsverfahren wegen des Rufens von Parolen oder Zeigen von Plakaten mit dem Bild von Abdullah Öcalan, treten Menschen mit kreativen und entschlossenen Aktivitäten für die Aufhebung des Verbots ein. Im wahrsten Sinne des Wortes wird Gesicht gezeigt gegen die Kriminalisierung von Kurdinnen und Kurden und für eine Bewegung, die mit ihrer Gesellschaft eng verwurzelt ist. Wenn auch die Versuche der bundesdeutschen Repressionsorgane nicht gelungen sind, die kurdische Community von ihrer Freiheitsbewegung und ihrem Repräsentanten Abdullah Öcalan abzuspalten, so ist dennoch die Forderung nach Aufhebung der Verbote notwendig.

Ende 2012 begann ein Friedensprozess der PKK, ihres Repräsentanten Abdullah Öcalan, Vertreter*innen der HDP mit Vertretern der damaligen Regierung von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan, der Ende Juli 2015 von ihm einseitig beendet wurde. Stattdessen ist er im Zuge der Neuwahlen am 1. November zur Strategie des Staatsterrors gegen Kurd*innen und alle oppositionellen, insbesondere demokratischen und linken Kräfte übergegangen, um bei den Wahlen im Juni verlorengangene absolute Mehrheit der AKP wider herzustellen.

Statt das kriegstreiberische Vorgehen des türkischen Staatspräsidenten und der AKP scharf zu verurteilen, reiste Bundeskanzlerin Angela Merkel zwei Wochen vor dem Wahltermin in die Türkei, um mit Erdogan über die Eindämmung der Flüchtlingszahlen nach Europa zu verhandeln. Kaum war sie zurückgekehrt, wurden am 21. Oktober in Dresden die Räume des kurdischen Vereins und mehrere Privatwohnungen durchsucht und ein politischer Aktivist verhaftet. Er wird von den Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung im Ausland“ (§129b StGB) beschuldigt.

Die deutsche Politik wird im Verhältnis zur Türkei von

geostrategischen, ökonomischen und militärischen Interessen geleitet. Mit der Aufrechterhaltung der Kriminalisierung der kurdischen Bewegung und ihren Aktivist*innen – unabhängig von politischen Veränderungen – wird das türkische Regime in seinem Vorgehen bestärkt und bestätigt.

Dieser Kreislauf muss endlich durchbrochen werden. Es ist nicht länger hinnehmbar, dass Kurdinnen und Kurden für ihre Frieden stiftende Arbeit mit dem Terrorparagrafen 129b StGB überzogen und eingesperrt werden. Die kurdische Gesellschaft muss auch hier unterstützt werden, ihre Kraft für Demokratie und Fortentwicklung effektiv zu entwickeln, statt der Unterstützung des Terrorismus bezichtigt oder mit Ausweisung bedroht zu werden. Die Diffamierung der PKK als terroristisch muss beendet werden. Schließlich wird sie dazu benutzt, auch hier erkämpfte demokratische Grundrechte wie Meinungs-, Presse-, Organisations- und Versammlungsfreiheit weiter einzuschränken.

Allerdings genügt es nicht nur in Deutschland das PKK-Verbot aufzuheben, denn auch in anderen Ländern wird gegen Mitglieder und Repräsentant*innen der kurdischen Bewegung, gegen kurdische Institutionen oder Medien vorgegangen. Deshalb ist die Streichung der PKK von der EU-Terrorliste unerlässlich.

Mit dieser Initiative wollen wir unsere Forderungen in die Öffentlichkeit tragen und einen Platz bieten, bisherigen Aktivitäten gegen das Verbot zusammenzuführen. Sie soll offen sein für alle, die für Recht auf freie Meinungsäußerung und Organisationsfreiheit, für eine Aufhebung des PKK-Verbots, die Streichung der PKK von der EU-Terrorliste und für die Freilassung der politischen kurdischen Gefangenen in Deutschland und Abdullah Öcalan in der Türkei ihr Gesicht zeigen wollen.

Wir lassen nicht locker, das Verbot muss weg! Gesicht zeigen - Kriminalisierung beenden - Dialog mit der PKK beginnen! Kreativität und ziviler Ungehorsam sind gefragt!



Was bedeutet der Tod von Helmut Schmidt für uns ?

Am 10.11.2015 ist Helmut Schmidt gestorben.

Ein Genosse meinte, er wird spätestens jetzt in den herrschenden Medien wie ein Heiliger verehrt.

Der „Spiegel“ nannte ihn einen „Jahrhundert-Mann“ und der Bürgermeister Hamburgs, Scholz, bezeichnete ihn als „Giganten“.

Merkel sprach auf seiner Beerdigung am 23. 11. in Hamburg, er sei „eine Instanz“ gewesen.

Was das bedeutet hat und was das zukünftig bedeuten wird, wollen wir jetzt beleuchten.

Seine Geschichte

Schmidt stand als rechter Sozialdemokrat nach 1945 federführend für eine forcierte Repression nach innen sowie eine aggressive Expansion nach außen. Später setzte er als Herausgeber von „Die Zeit“ diese Politik bis zu seinem Lebensende fort.

In den fünfziger Jahren forcierte er zusammen mit Brandt, dem späteren Kanzler und ehemaligen CIA-Agenten, und Wehner, dem ehemaligen Anarchisten und Kommunisten, die Remilitarisierung der BRD mit ehemaligen faschistischen Offizieren und den Beitritt zum imperialistischen Nato-Bündnis.

Die besondere Rolle dieser 3 Sozis war dabei, nach dem 2. Weltkrieg den Pazifismus in großen Teilen der Bevölkerung und dem Widerstand zu bekämpfen und zu zerschlagen.

Schmidt war in der Nazi-Wehrmacht als Oberleutnant aktiv und an deren diversen expansiven Feldzügen beteiligt. Er nahm schon früh an Wehrübungen der damals jungen Bundeswehr teil.

Auf dem Studierenden-Kongress gegen Atomrüstung Anfang Januar 1959 beispielsweise positionierte sich Helmut Schmidt, damals schon stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Bundestagsfraktion der SPD, in besonderem Maße militaristisch. Zur Abstimmung stand dabei der Beschluss, den Kampf gegen die atomare Aufrüstung fortzusetzen. Helmut Schmidt sollte während der Präsentation der Ergebnisse der Arbeitsgruppen noch zur Arbeitsgruppe 3 „Atomrüstung und Außenpolitik der Weltmächte“ sprechen. Die Diskussionsleitung dieser Gruppe hatte die damals 24-jährige Studentin Ulrike Marie Meinhof, die spätere Mitbegründerin der RAF, die Schmidt in eine Diskussion über militärstrategische Fragen und Waffensysteme verwickelte, bei der er durchaus den Kürzeren zog. Nachdem der Beschluss dann tatsächlich gefasst

wurde, erklärte er, dass das Plenum des Kongresses mit der FDJ (die Jugendorganisation der KPD, damals beide verboten) kollaborieren würde.

Diese Denunziation und Drohung von Schmidt muss in folgenden Zusammenhang betrachtet werden: Es gab nach dem Verbot der KPD 1956 200 000 Ermittlungsverfahren und 10 000 Verurteilungen bis zu 5 Jahren Zuchthaus.

In den sechziger Jahren war er Innensenator Hamburgs und danach Bundestagsfraktionsvorsitzender der SPD. In den Kabinetten Brandts war er zuerst Kriegs- und später als Finanz- und Wirtschaftsminister tätig.

Die Parole dieser Regierung „Mehr Demokratie wagen“ zielte vor allem auf Integration der 67/68 Bewegung, die nach dem Mord an Benno Ohnesorg am 2. Juni 67 und dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke am 10. 4. 68 sich bundesweit formierte.

Ein Teil von denen passte sich an und wurde so auch zur herrschenden Klasse.

Doch der Widerstand, der vor allem von kommunistischen und anarchistischen Zusammenhängen getragen wurde, formierte sich weiter gegen das SPD-Projekt „Modell Deutschland“.

Auf diese Entwicklung reagierte die Brandt-Schmidt-Regierung mit Unterdrückung durch den „Extremistenbeschluss“, besser bekannt als „Radikalerlaß“, der am 28. 01. 72 verfasst wurde.

In Folge dieses Erlasses, noch besser bekannt als Berufsverbots-Verfahren, wurden insgesamt 3,5 Millionen Personen überprüft, ca. 10.000 kritisch-demokratische, antifaschistische, sozialistische oder kommunistisch denkenden Menschen wurde der Eintritt in den bzw. der Verbleib im öffentlichen Dienst verwehrt. Tausende berufliche Existenzen wurden so zerstört.

Es bildeten sich aber auch bewaffnet und illegal kämpfende Gruppen wie die .ROTE ARMEE FRAKTION (RAF) und „Bewegung 2. Juni“, etwas später entstanden die „Revolutionäre Zellen (RZ)“ und die „Rote Zora“.

Die Entscheidung für den bewaffneten Kampf findet ihre Begründung in den Erfahrungen mit der postfaschistischen BRD-Gesellschaft, dem US-Krieg in Vietnam und dem Willen, die 68-Revolution weiter zu entwickeln.

Schmidt gab inzwischen als Bundeskanzler eine Regierungserklärung zur RAF am 13. 3. 75 mit folgenden Formulierungen ab:

„das Äusserste dagegen unternehmen“

„bis an die Grenzen des Rechtsstaats“

„mit allen Mitteln“

„diese Gruppe tilgen“

„härtestes Durchgreifen des Staates, der sich zu Verteidigungsposition nicht scheuen kann, selbst zu töten“

Diese Begriffe bringen die Linie der Widerstandsbekämpfung auf den Punkt:

Die Fahndungsapparate wurden ausgebaut, Medienhetze, Tote herbeischreiben und Isolationsfolter gegen politische Gefangene.

Es waren aber nicht nur bewaffnete Gruppen, die von dieser Repression betroffen waren und zum inneren Feind erklärt wurden, sondern auch zum Beispiel, die die Häuser besetzten, die sich gegen die Militarisierung und AKW wandten gegen die Vernichtungshaft gegen die politischen Gefangenen kämpften.

Militante aus bewaffneten Gruppen wurden bei der Festnahme erschossen wie Petra Schelm, Georg von Rauch (beide 1971), Thomas Weißbecker (1972), Werner Sauber (1975), Willy Stoll, Michael Knoll (beide 1978) und Elisabeth van Dyck (1979).

9 Gefangene aus Stadtguerillagruppen überlebten die Haft nicht :

Holger Meins starb am 9. 11. 74, als er sich im Hungerstreik gegen die Isolationsfolter befand und für die Zusammenlegung mit seinen GenossInnen kämpfte.

Siegfried Hausner starb am 4. 5. 75. Vorher hatte er sich bei Besetzung der deutschen Botschaft in Stockholm durch die RAF beteiligt, um Gefangene aus ihrer Gruppe zu befreien. Er wurde schwerverletzt, und starb unbehandelt in Stammheim.

Katharina Hammerschmidt starb am 29. 6. 75 an den Folgen eines Tumors, der im Knast nicht behandelt wurde.

Ulrike Meinhof starb am 9. 5. 76 in Stuttgart-Stammheim

Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe starben ebenso dort am 18. 10. 77.

Ingrid Schubert starb am 12. 11. 77 in München-Stadelheim

Sigurd Debus starb am 15. 4. 81 an den Folgen der Zwangsernährung während eines Hungerstreiks für Zusammenlegung mit den Gefangenen aus der RAF.

Während der Entführung von Schleyer hatte Schmidt im Krisenstab übrigens exotische Lösungen vorgeschlagen, zu denen u.a. die Wiedereinführung der Todesstrafe gehörte. Er hat vor einigen Jahren zugegeben, dass er froh sei, dass die Justiz damals nicht so genau hingeschaut hat.

Außenpolitisch segnete er den Militärputsch 1980 in der Türkei ab, er forcierte die Westeuropäische Union unter der

:: DOKUMENTATION ::

Führung von Frankreich und der BRD sowie die Nato-Aufrüstung Anfang der achtziger Jahre.

Was für Konsequenzen hat das heute für uns

Anfangs erwähnten wir, das Schmidt wie ein Heiliger verehrt wird.

Merkel erwähnte auf der Beerdigung am 23. 11. seinen Kampf gegen die RAF und zog eine Parallele zu den terroristischen Attacken in Paris. Abgesehen davon, dass das überhaupt nichts mit der Politik der RAF zu tun hat, denn sie verstand sich als kommunistische politisch-militärische Befreiungsbewegung im internationalen Kontext.

Merkel: „Man müsse zeigen, dass man verstanden habe, was es bedeutet, Verantwortung zu übernehmen“.

Was Schmidt vor 40 Jahren praktizierte, ist Vorbild für die heutige herrschende Klasse Großdeutschlands - weiter Unterdrückung im Inneren, um so ungestört Kriege führen zu können.

Damals gab es dagegen Widerstand und heute wird und muss es auch Widerstand dagegen geben, damit hier die imperialistischen Projekte im „Herzen der Bestie“ behindert und gestoppt werden und wir wieder zu einem starken und wahrnehmen Faktor werden können, um die Befreiung mit dem Ziel Kommunismus erreichen zu können.

Hamburg, 03.10.: BekannterInnenschreiben - Aktion gegen das LPT

In der Nacht auf den 3. Oktober 2015 statteten wir dem Tierversuchslabor Laboratorium für Pharmakologie & Toxikologie - Außenstelle Mienenbüttel einen nächtlichen Besuch ab. Wir besprühten gut sicht- und lesbar das Wort "Mörder" auf beide Straßenseiten, die Wörter Tod und Mord auf die Zufahrt des Labors, besprühten den Eingangsbereich mit blutroter Farbe und deponierten Hundekot im und am Briefkasten, Türschloss und Zaun des Labors. Zudem sprühten wir die rote Farbe auf die beiden großen Steine in der Zufahrt.

Das Labor, welches von J. Leuschner geführt wird, ist eines der größten Auftragslabore in Deutschland. Die dortigen MitarbeiterInnen sind verantwortlich für den tausendfachen Mord an unschuldigen Individuen jährlich.

Tägliches sinnloses Leid, Folter, Qual, Schmerzen und Mord an wehr- und hilflosen nichtmenschlichen Tieren hat das Labor tagtäglich zu verantworten!

LPT - Mit Ruhe solltet Ihr auch in Zukunft nicht rechnen...

Bis bald

Animal Liberation Front

Kiel, November: Ehrenmal eingefärbt

Rechtzeitig zum Volkstrauertag wurde in Kiel ein Ehrenmal auf dem Nordfriedhof eingefärbt. Jedes Jahr zum Volkstrauertag trauert die deutsche Nation um ihre Helden. Helden nach deutscher Art sind nicht WiderstandskämpferInnen gegen den Faschismus oder Betroffene der deutschen Vernichtungsaktionen.

Lieber trauert das Land um Soldaten der deutschen Angriffskriege, faschistische Milizen und Kriegsverbrecher. Inschriften in Ehrenmälern in ganzen Land berichten von Ehre, Treue, Heldenmut und Vaterland. Auf dem hässlichen Stein der jetzt hübsch pink erstrahlt stand "Wir Toten fordern als unser Recht die alte Treue vom neuen Geschlecht" und "Im Weltkriege starben den Heldentod 1.569 Offiziere und Beamte 718 Deckoffiziere 7.349 Unteroffiziere 25.197 Mannschaften der kaiserlichen Marine". Den MilitaristInnen und Nazis wurde so dieses Jahr die feierliche Stimmung versaut.

Hamburg, 2.11.: Buttersäure gegen Olympia

Haus des Sports an der Schäferkampsallee: Gegen 16.25 Uhr öffnete ein sympathischer Mensch die Tür und schüttete Buttersäure ins Innere – beißender Gestank breitete sich aus. Am Abend war eine Olympia-Veranstaltung mit Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) geplant.



Hamburg, 23.11.: Aktion gegen KiK-Filiale

In der Nacht vom 22. auf den 23. haben wir bei einer KiK-Filiale die Scheiben eingeschlagen und Rauch hinterhergeworfen. Am 11. September 2012 bricht ein Brand in der Textilfabrik Ali Enterprises in Pakistans Hauptstadt Karatschi aus. Das Gebäude wird zur Falle für die Arbeiter_innen, denn die Fenster sind vergittert und bis auf einen alle Notausgänge verschlossen. 260 Menschen sterben.

Betroffene und Hinterbliebene kämpfen seither um Entschädigungszahlungen der Konzerne, die aus der tödlichen Fabrikarbeit ihren Profit zogen. Einer davon ist der Textildiscounter KiK. Er gilt als Hauptabnehmer der Produkte von Ali Enterprises. Gegen die Besitzer der Produktionsstätte wird wegen Mordes ermittelt. KiK jedoch streitet jegliche Mitverantwortung für die Arbeitsbedingungen in seinen Zulieferfirmen ab und verweist auf die nationalen Gesetzgeber_innen. Eine Farce, denn die fehlenden Auflagen und die geringen Löhne sind der Grund, warum Firmen wie KiK in Ländern wie Bangladesch und Pakistan produzieren lassen.

Nun läuft vor dem Landgericht Dortmund ein Prozess gegen die in Bönen ansässige Verwaltung der KiK Textilien und Non-Food GmbH. Ein Arbeiter und drei Angehörige der Opfer von Ali Enterprises klagen auf jeweils 30.000 Euro Schmerzensgeld. Auch wenn wir den Angestellten und Hinterbliebenen jeden Erfolg in Richtung ihrer Entschädigungsforderungen wünschen, wir erwarten nichts Gutes von deutschen Gerichten!

DIRECT ACTION :: DOKUMENTATION :: SP

Wir trauen der Justiz in diesem System nicht im geringsten und wollen auf unsere Weise den Druck auf Unternehmen wie KiK aufbauen und die Aufmerksamkeit auf sie lenken.

Deswegen haben wir in der Nacht vom 22. auf den 23. November bei der KiK Filiale im Spitzbergenweg 32-34 in Hamburg-Volksdorf die Scheiben zerschlagen und mit Rauch einen hoffentlich großen Sachschaden angerichtet.

Ende November 2012 bricht bei Tazreen Fashions in Bangladesch ein Brand aus. Auch hier sind die Fluchtwege versperrt. Über 100 Näherinnen kommen in den Flammen um.

April 2013: in Bangladesch stürzt die Textilfabrik Rana Plaza ein. Über 1100 Menschen werden von den Trümmern erschlagen und zerquetscht. 1500 Arbeiter_innen überleben zum Teil schwer verletzt.

KiK ließ auch in diesen "Unfall"-Firmen Kleidungsstücke herstellen. Die Mängel vor Ort waren bekannt. Angesichts dessen und in Bezug auf den Jahresumsatz des Discounters sind eine Million Dollar, die KiK für den Entschädigungsfond gezahlt hat, entschieden zu wenig.

Doch KiK ist nicht das einzige Unternehmen, das in Billiglohnländern seine Kleidung unter lebensgefährlichen Bedingungen produzieren lässt. Weitere bekannte Beispiele sind Adler, Benetton, Bonmarche, C&A, Walmart, Mango...

KiK wird nicht das letzte Unternehmen bleiben, das zur Verantwortung gezogen werden muss.

Auch wenn Entschädigungszahlungen das zugefügte Leid nicht vergessen lassen, so ist eine Entschädigung für die Opfer der Textilbranche und deren Angehörige überfällig. Eine angemessene Bezahlung der Arbeiter_innen und Produktion unter geltenden Umwelt- und Sozialstandards ist das mindeste, was wir von KiK und seinesgleichen fordern!

die sanftmütigen angreifer_innen

Hamburg, 12.12. : Facebook Deutschlandzentrale "gehackt"

Ugly Facebook - FUNDAMENTAL DISLIKE // Wir haben das „Portal“ von Facebook Deutschland „gehackt“.

Als größere Gruppe selbst gewählter Freund*innen haben wir gestern am frühen Samstagabend mit reichlich Steinen und Farbe in der Hamburger Innenstadt (Caffamacherreihe 7) die Glasfront der

Deutschlandzentrale von Facebook „zerhackt“. Mit Rauch haben wir die Cops der nur 70 Meter entfernten Polizeiwache im Nebel gelassen.

Mark Zuckerberg ist letzte Woche mit Anfang 30 in Elternzeit gegangen – schön für ihn. Seine weiblichen Mitarbeiter drängt der Facebook-Chef hingegen, den Zeitpunkt der Mutterschaft per social freezing auf weit nach 40 zu verschieben, um die Arbeitskraft junger Frauen „ohne Karrierекnick“ länger ausbeuten zu können. Verpackt als Hilfe zur Selbstbestimmung der Frau erhöhen Facebook und Apple als erste Arbeitgeber mit der „Kostenübernahme“ zum Einfrieren der Eizellen den Druck auf ihre Mitarbeiterinnen zur Selbstoptimierung als Arbeitskraft. Sie sollen „im leistungsfähigen Alter“ nicht mehr wegen Familienplanung „ausfallen“. Aber das nur am Rande.

Es gehört in unseren Kreisen zum guten Ton, Facebook „eigentlich doof“ zu finden. Mit Äußerungen wie „still not loving facebook, but ...“ tragen viele von uns ihre „kritische“ Gesinnung dem IT-Giganten gegenüber konsequenzlos vor sich her. Alle wissen, dass Facebook keinerlei Privatsphäre respektiert. Es reicht, die Nutzungsbedingungen zu studieren: Facebook speichert unseren Aufenthaltsort (GPS- und netzwerkbasierter), liest Textnachrichten und Anrufprotokolle sowie Netzwerkverbindungen, nimmt Videos, Fotos und Ton auf, liest und verändert selbständig Kontaktdaten sowie Kalendereinträge ohne die Nutzer*in zu informieren, liest die Einstellungen anderer Dienste auf dem Smartphone, greift auf andere aktive Apps zu und lädt ohne Benachrichtigung Dateien runter, ...

Facebook analysiert unsere Vorlieben und Interessen und stellt daraus einen individuell auf uns abgestimmten Nachrichtenstrom zusammen. Informationstechnisch bewegen sich viele mittlerweile komplett in so gefilterten Facebook-Blasen, deren Dynamik Facebook bestimmt. Klassische, nicht personalisierte, redaktionell bearbeitete und zusammengestellte Nachrichten verlieren immer weiter an Bedeutung. Facebook lässt immer mehr Journalist*innen direkt für seine Plattform Nachrichten verfassen. Facebook bestimmt dann, wer sie in welcher Form erhalten wird.

Du darfst dich bei uns sozial vernetzen, aber was du zu sehen bekommst, wer und welche Mitteilung bei dir auftaucht und wer deine wirklichen Freunde sind, das entscheiden wir. Wer das Internet kon-

trolliert, kontrolliert nicht nur das Wissen der Menschheit sondern beeinflusst damit auch deren Ansichten, Vorlieben und Gewohnheiten – alles hochgradig individualisiert.

Viel zu abstrakt

Alle wissen, dass Facebooks Manipulationen von Kommunikation komplett übergriffig sind. Einer staatlichen Behörde würden wir niemals widerstandslos eine solche Lenkungsmacht einräumen. Aber niemand kümmert sich darum, weil dies in der Regel erst „zukünftig“ einen negativen, persönlich „spürbaren“ Effekt haben wird. Wenn der manipulative Eingriff in unser Leben verlockend „smart“ genug ist, will niemand ernsthaft an der massiven Einschränkung unserer Selbstbestimmung Anstoß nehmen. Die Entwicklung des Internet geht deutlich schneller voran, als sich das Bewusstsein der Menschheit für die Konsequenzen der Digitalisierung herausbildet. Schon lange wird die Geschwindigkeit der technologischen Entwicklung maßgeblich mitbestimmt durch das, was die Alpha-Männer von Amazon, Apple, Facebook, Google und anderen aus dem Tal der Technokratie glauben, uns zumuten zu können: „Die Unternehmenspolitik ist es bis genau an die Grenze zu gehen, wo es den Leuten unheimlich wird, aber nicht darüber hinaus.“, so Google-Manager Eric Schmidt.

Facebooks Übergriffigkeit lässt sich nicht allein mit dem an Bedeutung schwindenden Begriff der Privatsphäre fassen. Der Eingriff in unsere Informations-, Erfahrungs-, Arbeits-, Freizeit- und Gefühlswelt reicht viel weiter. Er wird unser Leben massiv fremdbestimmen und vollständig neu ordnen – ohne dass eine bewusste Abwägung zwischen Bereicherung und Entmündigung stattfindet.

Das ist dir zu abstrakt und zu vage? Ok - da unsere Vorstellungskraft nicht annähernd so weit reicht, wie die jener Technokrat*innen, die aktiv an einer Welt arbeiten, in der nur noch technologische Lösungen für gesellschaftliche Probleme zulässig sind, verbleiben wir im Hier und Jetzt:

Bei der Anfrage auf Löschung rassistischer Postings: „Friss Scheiße Du syrische Drecksau“ und „Gebt den Sicherheitskräften endlich Schusswaffen und knallt diese Pseudo-Flüchtlinge ab“ gibt sich Facebook als Bewahrer der freien Meinungsäußerung und antwortet: „Wir haben den von Dir wegen Hassbotschaften gemeldeten Bei-

LITTER DER NACHT :: DOKUMENTATIONEN

trag geprüft und festgestellt, dass er nicht gegen unsere Gemeinschaftsstandards verstößt.“ Dass sich Facebook hierbei nicht wirklich der Neutralität verpflichtet fühlt, sollen im Folgenden vier Beispiele verdeutlichen:

Verfolgung und Behinderung von Fluchthilfe zusammen mit Europol

Im April 2015 hat der Europäische Rat beschlossen, gegen ein „Anlocken“ von Flüchtlingen vorzugehen. Zur Verhinderung einer Kontaktaufnahme von Flüchtenden mit Fluchthelfer*innen hat Europol eine Kooperation mit Facebook und Twitter begonnen. Seit dem 1. August sind bei der „Meldestelle für Internetinhalte“ (IRU) innerhalb von Europol zusätzliche Stellen eingerichtet worden, die die sozialen Medien nach Fluchthilfeaktivitäten durchforsten. Werden die Mitarbeiter*innen fündig, soll zukünftig direkt die Löschung erfolgen. Darüber hinaus soll Europol auch direkten Zugriff auf die Tracking-Daten bei Facebook erhalten ohne diese bei den jeweiligen Mitgliedsländern anfordern zu müssen. Die „Meldestelle“ soll dem „Europäischen Zentrum zur Terrorismusbekämpfung“ (ECTC) untergeordnet werden. Das Vorhaben wurde wohlgermerkt noch vor den Anschlägen in Paris beschlossen! Dafür braucht es keinen Ausnahmezustand. Das ist nun europäischer Normalzustand.

Real-Life-Experimente zur Verhaltensökonomie

Im Juni 2014 kommt raus, dass Facebook über längere Zeit die Seiten von 700.000 Nutzer*innen psychologisch manipulierte – ohne dass die Nutzer*innen davon wussten. Dieser Gruppe wurden vornehmlich positive Posts ihrer Facebook-Freund*innen gezeigt. Negative Posts erhielten ein schwächeres Ranking bzw. wurden ganz unterdrückt. Dann wurde beobachtet wie sich dieser algorithmische Stimmungs-Aufheller auf das Kommunikationsverhalten der so manipulierten Nutzer*innen auswirkte – und oh Wunder: Sie äußerten sich durchgängig positiver in ihren eigenen Postings verglichen mit einer genauso großen Gruppe negativ-manipulierter Nutzer*innen.

Im Guardian äußert sich eine Facebook-Sprecherin zu dem Skandal. Ziel des Experiments sei es gewesen „unsere Dienstleistungen zu verbessern und die Inhalte, welche die Leute auf Facebook sehen, so relevant und ansprechend wie möglich zu gestalten.“ Weiter sagte sie „ein Großteil

davon besteht darin zu verstehen, wie die Nutzer auf verschiedene Arten von Inhalten reagieren, je nachdem ob sie eine positive oder negative Tonalität haben; ob es Neuigkeiten von ihren Freunden oder Informationen von Seiten sind, denen sie folgen.“ Facebook mache viele derartiger Verhaltensexperimente und außerdem seien diese Experimente, in die die Nutzer*innen ohne ihr Wissen involviert werden, durch die Nutzungsbedingungen abgedeckt.

Wie weit die gezielte Beeinflussung von Unzufriedenheit bei Facebook jenseits von „Experimenten“ zur Verhaltensbeeinflussung geht, zeigt sich nur zwei Monate später:

Informationelle Aufstandsunterdrückung

Am 9. August 2014 wurde in Ferguson der 18-jährige Michael Brown bei einer Polizeikontrolle erschossen. Eine Polizeistreife hielt ihn an, weil er es wagte, auf der Straße statt auf dem Bürgersteig zu laufen. Während der Diskussion löste sich ein Schuss aus dem Streifenwagen. Brown floh und wurde dabei von einem Polizisten von hinten erschossen. Michael Brown war unbewaffnet und er war schwarz.

Bereits am nächsten Tag versammelten sich die schwarzen Bürger*innen der Stadt zur Mahnwache, der sich 150 Polizisten in gepanzerter Montur entgegen stellten. Die Stimmung heizte sich auf, die Lage geriet außer Kontrolle, es kam zu Straßenschlachten und Plünderungen. Am 11. und 12. August setzte die Polizei Panzerfahrzeuge, Blendgranaten, Rauchbomben, Tränengas sowie Gummigeschosse gegen die aufgebrauchte Menge ein. Die Bilder von der martialischen Aufstandsbekämpfung gingen weltweit durch die Medien und natürlich auch durch die sozialen Medien. Aber nicht durch alle sozialen Netzwerke gleichermaßen.

Zeynep Tufekci, Dozentin an der Uni in North Carolina, untersucht die politische Macht durch algorithmische Nachrichtenfilterung. In einem Beitrag auf dem Bloggingportal Medium konstatiert sie, dass in ihrem Facebook-Stream Ferguson kaum auftauchte, während es auf Twitter beinahe kein anderes Thema gab. Das lag aber nicht daran, dass die

Leute auf Facebook nichts dazu schrieben. Der Edgerank-Algorithmus, der laut Facebook die Neuigkeiten nach personalisierter Relevanz aufbereitet, schien das Thema einfach herausgefiltert zu haben.

Gezielte Manipulation in Kooperation mit der NSA

Im April 2015 erfuhren wir aus dem Fundus der Snowden-Dokumente, dass Facebook im Auftrag der US-Regierung regierungskritische Veranstaltungs-Infos und Direktnachrichten zwischen Facebook-Nutzer*innen manipuliert, um Demonstrationen zu verhindern. Nach dem Aufflammen der Occupy Wall Street Proteste im Herbst 2011 weiteten Facebook und NSA ihre gemeinsame „Operation SPORA“ zur Manipulation solcher Nachrichten aus.

Aus den Dokumenten geht hervor, dass SPORA Mitteilungen zu Demonstrationen und Flashmobs nicht einfach nur verschluckt oder verspätet sendet, sondern Orte und Zeiten dieser Verabredungen manipuliert. Das betrifft sowohl Facebook-„Veranstaltungen“ als auch Direktnachrichten. Messenger-Apps und Webseiten zeigen zur Zerstreung dann unterschiedliche Daten an.

Die Entwicklung der Manipulationssoftware läuft als NSA-Kooperation mit einem kleinen Team bei Facebook. Angewendet wird die Software von allen Geheimdiensten der „Five Eyes“-Allianz auch auf weitere Plattformen, darunter WhatsApp und Google Hangout. Ein Beispiel, das zeigt, wie irrelevant eine Unterscheidung von privatrechtlichen Erfassungs- und Lenkungsabsichten der Digitalelite gegenüber der rein repressiven Intervention durch Geheimdienste und Behörden ist.

Facebook und die Bewegungslinke

Was, wenn Facebook in Augenblicken aufquellender sozialrevolutionärer Dynamik seine Dienste in noch viel stärkerem Maße



DIRECT ACTION :: DOKUMENTATION :: SP



gegen uns wendet bzw. selektiv ganz verweigert? Wollen wir uns erst dann eigene, unabhängige Techniken der Wissensverbreitung und Kommunikation aneignen?

Es ist schon erstaunlich genug, dass auch der autonomen Bewegung die Bequemlichkeit einer Kommunikationsplattform und die gefühlte informationelle Mainstream-Zugehörigkeit wichtiger erscheint als ihre Autonomie, aber dass wir aktiv via Facebook der Repression zuarbeiten, das geht uns dann hoffentlich doch zu weit! Oder nehmen wir die über Facebook vermittelte Behörden-Kooperation und Unterwanderung linker Widerstandsbewegungen hin, während wir als Anna und Artur weiterhin lautstark jede „direkte“ Zusammenarbeit mit Verfolgungsbehörden für undenkbar erklären?

Das erscheint uns wenig glaubwürdig und vor allem wenig sinnvoll.

Widerstand digital + analog = real

Es regt sich Widerstand – selbst gegen Facebook! „Zuck off“ wird dem Facebook-Chef Zuckerberg in Indien entgegen gerufen. Dort kämpfen aktuell Aktivist*innen mit viel öffentlicher Unterstützung gegen Facebooks Projekt internet.org, mit dem Facebook auch in entlegeneren Gegenden den Armen ein „kostenfreies“ Netz zur Verfügung stellen will. Stein des Anstoßes: Facebook lässt in diesem „gemeinnützigen Netz für alle“ nur 35 Webseiten sichtbar werden – Facebook an erster Stelle. Der Zugang zum Rest der (Netz-)Welt bleibt versperrt. Mark Zuckerberg reagiert zynisch, pragmatisch, großkotzig auf den Vorwurf der Zensur und Lenkung: „Lieber ein bisschen Internet als gar keines.“

Der Widerstand gegen diese zugespitzte Form der Netz-Nicht-Neutralität ist nicht spurlos geblieben. Vier der von Mark Zuckerberg auserwählten Anbieter, darunter die Times of India haben sich bereits aus dem Facebook-Projekt zurückgezogen, da

sie den Vorwurf der Teilhabe an „wirtschaftlichem Rassismus“ und „Landnahme“ (landgrab) nicht auf sich sitzen lassen wollten.

Aber macht ein symbolischer, nicht-digitaler Angriff auf einen Giganten der vermeintlich digitalen Welt wirklich Sinn? Ja, macht er – die Unternehmensführung von Google war empfindlich getroffen, als Gen-

trifizierungsgegner*innen die Google-Busse stoppten und angriffen: Öffentlich wahrnehmbarer Protest gegen den astronomischen Anstieg der Wohnkosten im Umkreis der Haltestellen dieser Shuttle-Busse, die jeden Morgen Tausende Google-Mitarbeiter*innen aus der Umgebung von San Francisco zum Unternehmenssitz im Silicon Valley bringen. Darauf folgende Demonstrationen zwangen Google sogar ein konkretes Bauvorhaben in San Francisco fallen zu lassen. Auch Googles erste Version der Datenbrille glasses ist maßgeblich an der breiten öffentlichen Wirkung der Kampagne ihrer Gegner*innen gescheitert und wieder vom Markt genommen worden. Aktivist*innen in den USA hatten Datenbrillenträger*innen als glassholes diffamiert und ihnen teils handgreiflich die Brille von der Nase geholt. In vielen angesagten Kneipen und Clubs hatten glassholes daraufhin Hausverbot.

Eine eintägige militante Autobahnblockade in unmittelbarer Flughafennähe der Taxifahrer*innen gegen die Taxi-App Uber in Paris hat den letzten Ausschlag zu deren Verbot in Frankreich gegeben.

Anfang letzten Monats haben Aktivist*innen das Headquarter von Airbnb in San Francisco besetzt, quasi um die Kämpfe für bezahlbaren Wohnraum an den Ort zu tragen, der in wachsendem Ausmaß für Zwangsräumung und Vertreibung mitverantwortlich ist.

Join the real-life-hacking-team

Wir sehen die Notwendigkeit, uns gegen die digitale Kontrolle und den Versuch der Übernahme unseres Lebens aktiv zu wehren aber auch darüber hinaus gegen dieses System und seine Geschäftspartner vorzugehen. Eine Rebellion gegen diese Welt wird nicht durch die Reform des Internets stattfinden.

- Komm raus aus der entmündigenden Enge der Fremdbestimmung - Facebook,

Google, Apple, Amazon and friends vom Netz nehmen - Beteilige Dich am Gegenangriff sowie am Aufbau von Alternativen - „Das Netz ist kaputt“ - Mach neu! - Für eine freie, unabhängige Kommunikation - Für die Autonomie - Gegen jede Herrschaft - Hackers unite and take over, ob digital oder analog, we stay anonymous
PS: If you LIKE our action, don't share it on facebook. If you DISLIKE or don't know what this is all about, you will probably do so anyway.

Hamburg-Eidelstedt, 17.12.: Sowas kommt von sowas.

Schläge für AfD-Funktionär Phillip Christ. Er hat nun einen Rippenbruch. (Unbestätigt)

Hamburg, 17.12.: Collective Spaces 4 All!

Praktische Solidarität: Leerstände nutzen! Räume erkämpfen und verteidigen! Heute Nacht (17. auf 18.12.2015) wurden diverse leerstehende Gebäude in Hamburg als besetzt markiert.

Dies betrifft folgende, größtenteils der öffentlichen Hand gehörenden Objekte:

- Das ehemalige Wasserwerk in Wilhelmsburg am Kurdamm 24 (altes IGS-Gelände)
- Das Wohnhaus der Hegestraße 46-48 beim Eppendorfer Baum
- Das ehemalige Bürgerhaus Wandsbek in der Wandsbeker Allee 53
- Das Wohnhaus der Woltmannstraße 20 in Hammerbrook
- Das ehemalige Harburg-Center /Therme am Harburger Ring 6
- Die Villa in der Straße Bellevue 24 an der Alster
- Die Villa im Leinpfad 21 in Winterhude
- Das Wohnhaus Zeißstraße 5 in Altona
- Die ehemalige Kleiderkammer in der Spaldingstraße in Hammerbrook

Während hier in Hamburg überall Häuser leer stehen, schlafen Wohnungslose auf der Straße, in Parks oder in prekären Massenunterkünften. Reisende oder bleibende Migrant_innen betrifft dies besonders, denn vermeintliche Hilfe gibt es nur mit Registrierung.

Warum wurden diese Gebäude „markiert“?

Die Scheinbesetzungen wurden durchgeführt, um der staatlichen Repression und Kontrolle, der Verdrängungspolitik in die

LITTER DER NACHT :: DOKUMENTATIONEN

Prekarität und den rassistischen Verhältnissen etwas entgegensetzen. Mit den markierten Gebäuden soll ungenutzter Leerstand der Öffentlichkeit sichtbar gemacht werden. Während Geflüchtete, Wohnungslose und andere prekarierte Gruppen in menschenunwürdigen Massenunterkünften oder sogar auf der Straße schlafen müssen, werden in dieser Stadt ganze Gebäude ungenutzt gelassen. Diese stehen oft kalkuliert langfristig leer, um mit den Grundstücken zu spekulieren, während die Gebäude allmählich vergammeln. In der Regel werden sie abgerissen, um einen profitablen Neubau zu errichten. Während Häuser unsaniert bleiben und allmählich bis zur Unnutzbarkeit verfallen, werden wöchentlich neue Container- und Zeltdörfer in Hamburg aus dem Boden gestampft. Ein Beispiel für das bewusste Verkommenlassen ist das leerstehende Haus in der Woltmannstraße 20.

Wir fragen uns: Wo ist da die Logik!?

Leerstand zu bekämpfen, allem voran spekulativen Leerstand, ist eine seit langem erhobene Forderung stadt- und mietenpolitischer Initiativen. Diverse Anwohner_innen und Stadtteilinitiativen haben die Behörden und die Öffentlichkeit in den letzten Jahren auf ungenutzte Leerstände hingewiesen. In den letzten Monaten gab es Listen von Immobilienadressen, die zur Unterbringung von beispielsweise Geflüchteten vorgeschlagen wurden, z.B. über www.leerstandsmelder.org oder in der Presseerklärung vom 28.09.2015, in der einzelne Mitglieder verschiedener Initiativen (z.B. die Bürgerinitiative Wir-sind-Eppendorf, St.Pauli selber machen, dem Einwohnerverein St.Georg, Refugees Welcome St.Georg, Mieter helfen Mietern) auf leerstehende Objekte in Hamburg aufmerksam machten. Auch die Recht-auf-Stadt-Demonstrationen der letzten Jahre forderten vor allem eines: „Leerstand zu Wohnraum!“.

Die Selbstverständlichkeit, sich Häuser zu nehmen, wird heutzutage wieder aktuell: In Berlin, Frankfurt, Göttingen, Hamburg, Lübeck, Köln, Bremen, Freiburg, Leipzig und Münster setzen sich Menschen gemeinsam für das Schaffen neuer sozialer und emanzipatorischer Räume ein. Kollektive Besetzungen von Leerständen, die über Jahre nicht genutzt werden, sind eine Antwort auf Obdachlosigkeit, unwürdige Lebensbedingungen in Massenunterkünften und das Fehlen von Freiräumen und soziokultureller Zentren allgemein.

Auch Scheinbesetzungen, wie sie in der

vergangenen Nacht stattfanden, haben ihren Zweck. Leerstand kann so öffentlich sichtbar gemacht werden und Reaktionen von Seiten der Stadt und der Öffentlichkeit werden provoziert. Es werden auf direktem Wege Handlungsoptionen aufgezeigt, durch die akute Notlagen abgemildert werden können.

Wieso wurden vor allem Gebäude der öffentlichen Hand „markiert“?

Die Stadt trägt die Verantwortung für die menschenwürdige Unterbringung beispielsweise geflüchteter Menschen. Seit dem Ankommen der ersten größeren Gruppen Geflüchteter in Hamburg hat die Stadt nur wenige leerstehende Gebäude für diese Menschen nutzbar gemacht, obwohl es in allen Stadtteilen Leerstand gibt. Noch immer müssen Geflüchtete in Zelten, z.B. in der Schnackenburgallee wohnen, und Wohnungslose können sich nicht sicher sein, am Abend einen Schlafplatz in den vorhandenen Winternotprogrammen zu ergattern, in denen die Unterbringung massenhaft, ohne Privatsphäre und aus diesen Gründen schlichtweg inakzeptabel ist. Trotz der Einführung einer neuen Regelung des Hamburgischen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (§ 14a HmbSOG), die es der Stadt erlaubt ungenutzte Privatgebäude (also Bürogebäude und auch Wohnungen) zu beschlagnahmen, stehen ganze Straßenzüge leer. Dies können wir u.a. in Hammerbrook massenhaft beobachten.

Die Stadt muss zumindest ihre Leerstände für die Unterbringung prekariert Menschen zur Verfügung stellen, damit niemand in Zelten oder Containern schlafen muss.

Wer hat die Gebäude „markiert“?

Aktivist_innen, die sich solidarisch mit dem kollektiven Zentrum (koZe) im Münzviertel und weiteren selbstorganisierten und antikapitalistischen Projekten erklären und die gegen Rassismus und für menschenwürdige Lebensbedingungen für ALLE kämpfen.

Support koZe!

Diesen Sommer wurden dem koZe im Hamburger Münzviertel mehrfach jegliche Verhandlungen versagt, mehr als einmal unangekündigt das warme Wasser abgestellt und schließlich – ebenfalls unangekündigt und im Alleingang der Finanzbehörde mit der Polizei – das Grundstück des Projekts gestürmt, Aktivist_innen verletzt und festgenommen. Darauf folgte eine über 7wöchige Belagerung durch Cops: 24 Stunden, rund um die Uhr standen Knüppelbullen am und ums koZe. Mit einer zweiten „Hofinvasion“ (bei der die

Polizei erneut gewaltsam den Schulhof stürmte), Lügen über Asbestarbeiten und dem Abriss der umstehenden leeren Schulgebäude wurden Fakten geschaffen, die nicht nur das kollektive Zentrum, sondern auch das öffentlich präsentierte Nutzungskonzept für alle Schulgebäude angriffen. Das in diesen Gebäuden u.a. geplante Refugee Welcome Center wurde durch die Finanzbehörde/das Landesamt für Immobilienmanagement und Grundvermögen (LIG) durch ihre gewaltsame Räumung und den Abriss zerstört.

Doch Wut und Trauer werden zu Widerstand. Das koZe bleibt eines der wenigen besetzten, selbstverwalteten Räume in Hamburg. Die Repression des Sommers hat den Aktiven im Haus und im Münzviertel zugesetzt. Das koZe arbeitet trotzdem weiterhin an der Entwicklung eines Collective Refugee Welcome Centers und lädt alle zum Mitgestalten ein.

Kämpfe organisieren!

Zahlreiche Besetzungen der letzten Zeit zeigen, dass die Aneignung von Räumen ein aktuelles Thema ist - als etwa die Gruppe Romano Jekipe Ano Hamburgo vor einigen Wochen den Michel besetzte, als das OM10 in Göttingen eröffnet wurde, als die Social Center 4 All in Berlin ausgerufen wurden, als die Breite Straße in Hamburg verteidigt wurde, als das Flüchtlingsforum in Lübeck das Grünflächenamt zur Unterbringung von Geflüchteten besetzte, als das kollektive Zentrum im Münzviertel entstand oder als das Alte Sportamt in Bremen für besetzt erklärt wurde. Die dauerhafte Enteignung und Aneignung von Leerständen ist gelebte Praxis geworden: Gegen eine Politik und Stadtentwicklung, die sich nicht an Bedürfnissen der Menschen, sondern an Herrschaft und kommerziellen Profit orientieren.

Wir haben es satt mit anzusehen, wie die Stadt Hamburg sich windet, sich wirklich dieser akuten Lage anzunehmen und Verantwortung zu übernehmen!

Egal, wo Menschen herkommen oder hinwollen, wer Räume braucht, sollte sich welche nehmen. Leerstände gibt's

Hamburg, 31.12. : Kein Knast, Kein Staat!

Solidarische Menschen grüßen zu Silvester die Gefangenen im U-Haftknast Holsten-glacis. Nervende Bullen werden mit Flaschen und Feuerwerk empfangen.

anti-atom

Zum Start ins neue Jahr gibt es vor allem zwei Texte, die wir dokumentieren wollen, beide beziehen sich auf Aktionen. Zum Einen gab es am aktionstag gegen Urantransporte anscheinend doch auch militantere Aktionen, und zum Anderen stehen in Harburg aktuell eine ganze Reihe Leute wegen der Blockaden von 2014 vor Gericht, die sich über BesucherInnen bzw. UnterstützerInnen freuen würden.

Nu aber:

Nachtrag zum Kabelbrand am 14.09.15 in Bremen (Dreye)
kopiert von Indymedia linksunten:

(Kein) Alarm in Bremen

Wir nutzten die Nacht am Tag X gegen Urantransporte und sabotierten die Bahnstrecke Bremen-Osnabrück an der Weserbrücke. Der Kabelschacht brannte und legte den Zugverkehr lahm. Zur selben Zeit stand der Urantransport in Maschen (HH) für mehrere Stunden. Anschließend änderte er seine Richtung und fuhr nicht über Bremen sondern Hannover. Ob wir mit unsere Aktion den Zeitplan und die Route sabotierten können wir nicht mit Sicherheit sagen, da weder Bullen noch Presse über den Kabelbrand berichteten. Lediglich in den Personenzügen zwischen Bremen und Osnabrück gab es am Morgen des 15.09.15 Durchsagen, dass die Verspätungen auf „Vandalismus am Gleis“ zurück zu führen seien. Die Taktik, militante Aktionen zu verschweigen, fahren die



Bullen in Bremen schon seit langem. Sowie die anerkannten Protestformen – (Spontan)demos, Kundgebungen, Mahnwachen – verlassen werden und gezielt Sachschaden verursacht wird, gibt es häufig keine Pressemitteilungen oder ähnliches. In Presse und Radio wird äußerst selten über militante Aktionen berichtet. Wir sehen dies als Teil einer Befriedungsstrategie von Stadt und Bullen. Die Angreifbarkeit von Institutionen, Infrastruktur und Verantwortlichen soll unsichtbar gemacht werden, indem über militante Aktionen öffentlich geschwiegen wird. Nachahmung soll damit entgegen gewirkt und das Bild einer friedlichen und zahmen Protestkultur erzeugt werden.

Für uns kann dies nur bedeuten, für die öffentliche Wahrnehmbarkeit militanter Aktionen selbst zu sorgen. Mit eigenen Medien, vom Flugblatt über Webseiten bis hin zu Zeitungen, können wir da-

für sorgen dass unsere Interventionen gesehen und diskutiert werden. Auf bürgerliche Medien, die uns meist auf Spektakel und Klischees reduzieren, wollen wir uns ohnehin nicht verlassen.

Schauen wir nach vorn. Der nächste Urantransport, oder auch der nächste rassistische Großaufmarsch, stehen bevor. Gerade das Bahnnetz ist durch seine Komplexität und Vernetzung unglaublich angreifbar. Ein Kabelbrand sorgt dafür, dass auf der betroffenen Strecke alle Signale auf rot geschaltet werden und solange keine Züge fahren, bis der Schaden repariert wurde. Menschen kamen bisher, auch laut Aussagen der Bahn, dadurch nicht in Gefahr.

[...]

Für eine autonome und militante Praxis!

Operation yellow cake

und zu den Prozessen ein kurzer Text des Anti-Atom-Büros:

In Hamburg stehen Anti-Atom-Aktivist_innen wegen Inspektionen von Hafenanlagen und Transportblockaden vor Gericht.

Nach wie vor ist der Hamburger Hafen einer der größten Umschlagplätze für Nukleargüter weltweit. Woche für Woche werden dort Atomtransporte durchgeführt, wird Uranerz aus zahlreichen Herkunftsländern vom Schiff auf die Schiene und Straße verlegt – trotz des proklamierten Atomausstiegs der Bundesregierung, trotz der Regierungsbeteiligung der GRÜNEN in Hamburg, trotz der

Beinahe-Katastrophe, die ein Feuer auf einem Containerschiff mit Uranhexafluorid 2013 in der Stadt auslöste. Reedereien und Terminalbetreiber profitieren davon – solche mit

städtischer Beteiligung eingeschlossen. Gemessen an der Bedeutung dieses politischen Skandals läuft der Transportbetrieb relativ

reibungslos. Nach wie vor. Ungestört bleibt er allerdings erfreulicherweise nicht. Mit Schienenspaziergängen, Betriebsinspektionen und Blockaden haben sich Anti-Atom-Aktivist_innen auch 2014 und 2015 bemerkbar gemacht. Drei dieser Aktionen mündeten im Herbst in Prozessen vor dem Amtsgericht Hamburg-Harburg und in Verurteilungen zu durchaus ernstzunehmenden Geldstrafen (50

Tagessätze). Gegenüber denjenigen, die Sand ins Getriebe des Geschehens bringen, legt die Justiz ganz offensichtlich Entschlossenheit an den Tag. Die Hamburgische Politik, deren erklärtes Ziel das Ende der Atomtransporte angeblich ebenfalls ist, lässt selbige dagegen

vermissen. So setzen Hamburgs Grüne nach wie vor auf einen freiwilligen Verzicht der Profiteure, um einen Hafen ohne Atomtransporte Wirklichkeit werden zu lassen. Kritiker_innen zweifeln deshalb mehr und mehr an der politischen Ernsthaftigkeit, gerade des kleineren Koalitionspartners. Vertrauensbildend könnte da allenfalls die Übernahme der Tagessätze durch die GRÜNEN wirken. Bislang gab es jedoch noch keine diesbezüglichen Vorschläge seitens der Partei.

Spaß beiseite:

Möge sie der Blitz beim Kacken treffen!

Solidarität mit den Anti-Atom-Aktivist innen!
Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen weltweit!

Die Rubrik Aktion lassen wir aus gegebenem Anlass fallen!

Normalbetrieb:

Fukushima 17.12.2015

Eine Studie von Wissenschaftlern der Universität Hannover zu den Umweltauswirkungen des Atomunglücks von Fukushima hat weitere massive Versäumnisse des AKW-Betreibers Tepco aufgedeckt: Durch Erdarbeiten des Unternehmens im August 2013 auf dem Areal der größtenteils zerstörten Atomanlage wurden 300 Gigabecquerel, also 300 Milliarden Becquerel, des radioaktiven Isotops Cäsium-137 freigesetzt und vom Wind weitergetragen. In Japan beträgt der Grenzwert für Cäsium in Trinkwasser 10 Becquerel pro Kilogramm, eine EU-Verordnung schreibt 100 Becquerel fest. Cäsium-137 hat eine Halbwertszeit von etwa 30 Jahren und wird unter anderem vom Muskelgewebe aufgenommen.

„Die Ergebnisse in diesem Ausmaß haben uns überrascht, das haben wir nicht für vorstellbar gehalten“, sagte der Co-Initiator der Studie, Georg Steinhauser vom Institut für Radioökologie und Strahlenschutz der Universität Hannover. Tepco habe ganz offensichtlich die einfachsten Vorsichtsmaßnahmen wie etwa Abdeckungen mit Planen zur Staubunterdrückung sowie das Warten auf günstige Windverhältnisse außer Acht gelassen. Quelle: Taz

18.12.2015 Sosnowy Bor

Im Zweiten Block des „Atomkraftwerkes Leningrad“ bei Sosnowy Bor, 80 Kilometer westlich von St. Petersburg, hat sich am Freitagnachmittag ein Störfall ereignet. Heißer Wasserdampf war, nachdem ein dampfführendes Rohr geplatzt war, in eine Turbinenhalle gedrungen und aus dieser in die Umwelt ausgetreten. Sofort musste der zweite Kraftwerksblock manuell heruntergefahren und notgekühlt werden.

Wenige Stunden später wandte sich der Direktor des Kraftwerkes, Wladimir Pereguda, an die Bevölkerung. Es gebe, so der Atommanager, keinen Grund zur Beunruhigung. Quelle: TAZ

18.12.2015 Thiange

Reaktorblock I des nahe der Grenze zu Deutschland gelegenen belgischen Kernkraftwerks Tihange hat sich am Freitagabend automatisch abgeschaltet. Grund sei ein kurzzeitiger Brand in einem nichtnuklearen Bereich des Geländes gewesen, meldete die belgische Nachrichtenagentur Belga unter Berufung auf den Betreiber Electrabel.

Quelle: Zeit

Und für alle die erst einmal konsumierend in das neue Jahr starten wollen, gibt es am Mi. 27.1.2016 ab 20⁰⁰ eine Lesung „der Geschichte der Anti-Atom-Bewegung“ im Schanzenbuchladen.

Buchhandlung
IM SCHANZENVIERTEL

Literatur & Politik

Schulterblatt 55
20357 Hamburg
Tel. 040 – 430 08 08
Fax. 040 – 430 16 37
info@schanzenbuch.com
www.schanzenbuch.com

Unsere Öffnungszeiten:

Montag – Freitag
9.30 Uhr – 19.00 Uhr

Samstag 10 – 18 Uhr

Solidaritätswerkstatt

-Menschen im Knast schreiben-

Wir treffen uns in netter Atmosphäre zu schreiben, zu basteln, Erfahrungen auszutauschen, Solidarität zu organisieren...

Jeden 1. Donnerstag im Monat
15:00-18.00 Uhr im Schwarzmarkt

Infoladen Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg
(Nähe S Sternschanze oder U Schump)

Kontakt: solidaritaetswerkstatt@riseup.net solidaritaetswerkstatt.wordpress.org



Flora Termine Januar / Februar 2016

VoKü - Termine

Di 05.01. 20.30 Uhr

Konzert

Flijora + She Has A Cold Cold Heart +
Kalmen Rossbreiten

Fr 08.01. 21 Uhr

Konzert

Mülheim Asozial + Kackschlacht + Ärger

Fr 22.01. 19 Uhr

Antifa Enternasyonal Café

So 14.02. 19 Uhr

Konzert

Nionde Plågan + Tengil

Mi 17.02. 19 Uhr

Verschwunden in Deutschland

05.01. vegane VoKü

06.01. Kneipe Grow - antinationaler Klönschnack

08.01. Antifa Kneipe

14.01. Punk Kneipe

15.01. Antifa Kneipe

17.01. Cafe und Kuchen

19.01. Futtern wie bei Muttern - VoKü

20.01. Kneipe Grow

21.01. Sportgruppen Kneipe

22.01. Antifa Kneipe

28.01. Dubcafe

29.01. Epic Problem Kneipe

02.02. Flora Food - vegane VoKü

03.02. Kneipe Grow

04.02. Cafe d'Ultra - Kneipe USP

05.02. Antifa Cafe

10.02. Sons la Plage Kneipe

11.02. Punk Kneipe

12.02. Antifa Kneipe

14.02. Krimi Lesung Hans Jürgen Schneider

16.02. Futtern wie bei Muttern - VoKü

17.02. Kneipe Grow

18.02 Sportgruppen Kneipe

19.02. Antifa Kneipe

21.02. Kaffe und Politikuchen

25.02. Dub Cafe

26.02. Antifa Kneipe

Floragruppen und regelmässige Termine

Archiv der Sozialen Bewegungen und Fotoarchiv: jeden Montag 15-20 Uhr (Tel. 433007)

motorrad werkstatt: jeden montag schrauben und klönen ab 18 uhr. kommt vorbei!

fahrradselbsthilfe: mit ra(d)t und tat stehen euch die schrauber montags von 18.30-21 uhr zur seite!

offene baugruppe: wir erfinden gerade die flora neu und nehmen umfangreiche umbaumaßnahmen im erdgeschoss in eigenleistung vor – wenn ihr lust habt, euch handwerklich in einem spannenden und herausfordernden politischen umfeld zu engagieren, kommt samstags um 12 uhr vorbei!

sportraum: selbstverwalteter sportraum (1. stock) von neigungsgruppen mit unterschiedlichsten bewegungsangeboten. interessierte können über das plenum kontakt aufnehmen!

bandproberäume: insgesamt vier übungsräume im keller der flora werden in selbstverwaltung von bands gemeinsam genutzt. interessierte können über das plenum kontakt aufnehmen!